Angehörigen Info

C 10190 17.2.2004 Preis: 1,55 €

282

Herausgegeben von Angehörigen, Freunden und Freundinnen politischer Gefangener in der BRD



Trauer um Rolf Pohle

Rolf Pohle verstarb am 7.2.2004 nach langjähriger Krankheit an einer Lungenentzündung in einem Athener Krankenhaus.

Am 10. Februar fand in Athen das Begräbnis des Genossen Rolf Pohle statt.

Dabei waren mehr als 200 Leute mit Blumen und schwarz-roten Fahnen. Unter ihnen waren Genosse und Freunde aus der großen griechischen Solidaritätsbewegung der 70er Jahre gegen seine Auslieferung sowie jüngere Menschen, die heute den Kampf gegen den Staat weiterführen.

Als Abschied wurde sein Lieblingslied „Mein Name ist Mensch" von ‚Ton, Steine, Scherben' gehört, wie auch die Losungen „Der Staat ist der einzige Terrorist und nicht die Stadtguerilla-KämpferInnen" und „Hoch die Revolution".





IN MEMORIAM

„Die Revolution stirbt weder noch wird
vernichtet;
sie wird weder bombardiert noch
erschossen;
sie wird weder festgenommen noch
verboten;
sie wird weder umgebracht noch
ausgeliefert.
Furchtet euch nicht vor dieser
fürchterlichen Zeit.
Darauf wollen sie genau zielen:
Dass wir die Waffen
Schon vor dem großen Kampf abgeben.

Rolf Pohle, Koridallos Gefängnis 1.10.1976
Erklärung nach der Entscheidung für seine Auslieferung

ROLF POHLE LEBT IN UNSEREM KAMPF FÜR FREIHEIT!

AnarchistInnen von Athen

Mein Name ist Mensch

„Als ich Rolf Pohle 1967 kennen lernte, war er Mitglied im Vorstand des Liberalen Studentenbundes Deutschland; hatte gerade sein Jurastudium abgeschlossen und war im Begriff, Vorsitzender des AStA der Münchner Universität zu werden. Nach dem Attentat auf Rudi Dutschke im April 1968 nahm Rolf Pohle an den Osterdemonstrationen teil und gründete noch in den Ostertagen 1968 die Rechtshilfe der APO. Rolf beteiligte sich als Verteidiger von Demonstranten. Bei der zweiten Juristischen Staatsprüfung fiel er durch. - Der Staatsschutz hatte ihn im Visier; kurze Zeit später war Rolf verschwunden. Im Fernsehen tauchte er wieder auf: gesucht als TOP-Terrorist der RAF. Er wurde festgenommen. Vorwurf der Staatsanwaltschaft: für die RAF Waffen gekauft und Wohnungen angemietet zu haben; saß fast 2 Jahre in Isolationshaft. Das Urteil: 6 1/2 Jahre Haft wg. Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung. - 1975 wurde der Berliner Politiker Lorenz von Angehörigen des 2. Juni entführt. Rolf war einer derjenigen, dessen Freilassung durchgesetzt wurde, dafür, dass Lorenz wieder frei kam. Rolf und andere werden in der Begleitung Pfarrer Alberts in den kommunistischen Südjemen ausgeflogen. - 1976 erfolgt die Verhaftung Rolfs in Athen. Er wird nach Deutschland ausgeflogen. Rolf erhält während der gesamten Haftzeit weder Ausgang noch offenen Vollzug. Nach Ende der Haftzeit ging Rolf nach Athen, lebte von Übersetzungen und Sprachunterricht, bis seine Krankheit ausbrach." (RA Hartmut Wächtler, München)

Mein Name ist Mensch
ISBN 3-87956-273-3 / 192 Seiten / mit zahlreichen Abbildungen und Dokumenten
Euro (D) 18,- / sFr 32,70
http://www.karin-kramer-verlag.de/gesch.html







An die 300 000 von Genua

von Haidi Giuliani und Lorenzo Guadagnucci

Zwei Vereine (und eine freie Gruppe, die Dokumentation und Gegenermittlungen von unten anstellt), haben während der 31 Monate, die seit Genua 2001 vergangen sind, unablässig gekämpft, damit die Wahrheit über Genua ans Licht kommen kann. Es ist so weit, dass wieder alle 300.000, die da waren, und die Millionen, die davon gehört haben, gefragt sind, um Wichtiges zu verteidigen. Haidi Giuliani, die Mutter von Carlo, der in Genua starb, und Lorenzo Guadagnucci, ein Journalist, der in der Diaz-Schule durch Polizeischläge mehrere Knochenbrüche erlitten hat und in einem der beiden Vereine aktiv ist, richten anlässlich der bevorstehenden Prozesse gegen Protestteilnehmer und damit die restlose Aufklärung der politischen Verantwortlichkeiten lautstark eingefordert werden kann, stellvertretend für ihre Vereine, einen Appell an die 300.000 von Genua. (Übersetzung: Roter Faden; Quelle: Indymedia)

12.02.04
Appell
An die 300.000 von Genua, an die Sprecher der Sozialen Foren, an alle demokratischen Menschen

Am 2. März beginnt der Prozess wegen den Vorfällen während des g8. Die Beschuldigten sind 26 Demonstranten und riskieren höchste Strafen. Wir sind sehr besorgt.

Seit den Tagen von Genua sind zweieinhalb Jahre vergangen, aber wir haben nichts vergessen. Nicht einmal die Details. Wir haben den Tränengas-Horror nicht vergessen, und auch nicht den Lärm der Hubschrauber, das Grauen im Angesicht jener Polizisten, die grundlos Menschen jagten und verhafteten. Wir haben den Horror der Diaz-Schule nicht vergessen und nicht die Schlagstockschläge, die Tritte, das Blut, die Rettungstragen, die zu Dutzenden aus der Schule kamen und vor den Leitern der Staatspolizei Revue passierten. Wir haben die Folterungen von Bolzaneto nicht vergessen und auch nicht die von Forte San Giuliano. Und wir werden die sinnlose Tötung Carlos nie akzeptieren.

Zweieinhalbe Jahre sind vergangen, und wir fordern immer noch Gerechtigkeit. Wir werden in den Gerichtssälen nach ihr suchen, aber wir wollen sie auch in der Gesellschaft, und dass sie den Tod Carlos ad acta gelegt haben, ist egal, weil es nichts gibt, das eingestellt werden könnte. Die Suche nach der Wahrheit hört nicht an der Schwelle der Gerichtssäle auf, deshalb werden wir nicht müde werden, aufzuzeigen und nachzuweisen, wie Carlo wirklich umgebracht wurde. Es ist unsere Pflicht, das zu tun.

Tag für Tag, seit diesem Juli 2001 haben wir das Wachsen der Empörung in unserem Inneren gespürt: Tausende Menschen waren freudig nach Genua gekommen, getrieben vom Bedürfnis, etwas für eine bessere Welt zu tun. Sie sind terrorisiert, verletzt, gedemütigt nach Hause gekehrt. Die Empörung ist gewachsen, weil der organisierte Terror dieser Tage immer noch keine Schuldigen hat und keine Erklärung. Es gibt zwei richterliche Untersuchungen, und der eine oder der andere wird sich vielleicht für das verantworten müssen, was in der Diaz-Schule und in Bolzaneto geschehen ist, währenddessen sind vier der Beschuldigten mit den höchsten Rangpositionen aber befördert worden. Wir wissen noch nichts über die politischen Verantwortlichkeiten, und es gibt solche, die die Geschichte dieser Tage am liebsten neu schreiben möchten. Wie oft haben wir uns von Politikern, von den Medien, von den viel zu vielen Leuten, die immer noch nicht die Fakten kennen, anhören müssen, dass Genua durch Tausende Gewalttäter verwüstet worden ist? Wie oft haben sie uns gesagt, dass die Ordnungskräfte nur auf einen Angriff reagiert haben? Sie haben es bis zur Erschöpfung wiederholt, so sehr, dass viele am Ende daran geglaubt haben.



Wir wenden uns an die Dreihunderttausend von Genua, an die Sprecher des Genoa Social Forum, das die Demonstrationen organisiert hatte, an alle Demokraten, damit sie uns helfen, die Lügen abzuweisen. Im Juli 2001 wurden in Genua Ungerechtigkeiten aller Art verübt. Alles ist dokumentiert: Es gibt Bücher, Filme, Fotografien, viele Dutzend Zeugnisse. Wir sind in diesen zweieinhalben Jahren durch Italien gezogen, um zu erzählen, was Genua gewesen ist. Ab es reicht immer noch nicht.

Am 2. März beginnt der Prozess gegen 26 Demonstrationsteilnehmer. Sie werden wegen unterschiedlichen Vorfällen beschuldigt, aber allen wird eine extrem schwerwiegende Straftat vorgeworfen, die „Verwüstung und Plünderung" lautet. Hierfür ist eine Mindeststrafe von acht Jahren vorge-





sehen. Acht Jahre. Mehr als das Strafmaß, das meistens ein Vergewaltiger bekommt. Wir glauben nicht, dass es unsere Aufgabe sei, die einzelnen Aktionen der einen und der anderen zu beurteilen. Aber es ist unsere Aufgabe, zu verhindern, dass es zum Fällen eines exemplarischen Urteils kommt, mit extrem hohen Strafen, die in keinem Verhältnis mit den Episoden stehen, welche die Verhandlung nachweisen müssen wird, und dass eine Gruppe von Menschen eingelocht wird, um die politischen und operativen Verantwortlichkeiten derer zu decken, die während der G8-Tage die öffentliche Ordnung leiteten.

Aus diesen Gründen bitten wir euch, am 28. und 29. Februar und am 2. März nach Genua zu kommen, um an den Initiativen Teil zu nehmen, die unsere Komitees organisiert haben. Es ist etwas, das euch alle angeht. Wir bitten euch, die Erinnerung an diese Tage nach Genua zu tragen, und die Kunde dessen mitzubringen, was ihr gemacht, gesehen und erlitten habt und die Konsequenzen, die ihr gezogen habt. Wir bitten euch, nach Genua zu kommen, und eure Empörung wegen der in jenen Tagen vollzogenen Ungerechtigkeiten mitzubringen und eure Lust, zu kämpfen, damit die Wahrheit in den Gerichtssälen und in der Gesellschaft respektiert wird.

Am Wochenende werden wir die ganze Geschichte des G8 auf die Straße bringen: die Diaz-Schule, Bolzaneto, Forte San Giuliano, Piazza Alimonda, den Angriff auf die Demonstration in der Via Tolemaide, die Übergriffe auf der Piaza Manin und auf dem Corso Italia. Wir werden über Grundrechte reden und von einer Petition, um die Gesetze des Staates zu verbessern. Am 2. März würden wir froh sein, mit der „Karawane für den Frieden"* durch Genua zu ziehen, die am 20. März Rom erreichen wird. Wir wären froh, wenn die Karawane vor der Ankunft auf der Piazza De Ferrari vorher an der Kaserne Bolzaneto, an der Diaz-Schule und durch die Piazza Alimonda ziehen würde. Es sind einige der Orte des G8: dort sind Dinge geschehen, die in der ganzen Welt Empörung ausgelöst haben und die in einer Welt, in der Frieden und Gerechtigkeit herrschen, nicht sein dürfen.

Wir möchten diese drei Tage mit der Kraft unserer Beweggründe leben, ohne uns der geringsten rovokation auszusetzen, ohne Kontakte mit jene zu riskieren, die wahrscheinlich dafür sorgen werden, dass die Stadt dicht gemacht wird. Wir scheren uns nicht um sie, weil sie uns nicht überzeugen: wir haben den Vorteil, dass wir nichts zu verbergen und viel, sehr viel zu sagen haben.

Wir warten auf euch.

Haidi Giuliani, Comitato Piazza Carlo Giuliani
Lorenzo Guadagnucci, Comitato Verità e Giustizia per Genova

Fußnote:
* Eine der Aktionen/Mobilisierungen der Sozialen Foren und der Bewegung der Bewegungen in Italien, die am 7.-8. Februar beschlossen wurden. Am 20. März findet der internationale Aktionstag gegen den Krieg und gegen die Besatzung in Irak, der von den US-amerikanischen Friedens- und Antikriegsbewegungen vorgeschlagen und von ESF und WSF mitgetragen wird, es wird hierzu zwei Karavanen geben, eine nach Irak und eine im Inneren des Landes, die in zweit Teilen von Süden und von Norden den Weg nach Rom aufnehmen wird, um am Tag der internationalen Mobilisierung dort einzutreffen.





München

Bericht vom SiKo-Wochenende

Das erste Februarwochenende hat wieder einmal bewiesen, dass öffentliche Kritik an der sogenannten NATO-„Sicherheitskonferenz in hohem Maße unerwünscht ist

Widerstand und Protest gegen diese Kriegskonferenz soll in München um jeden Preis und mit allen Mitteln unterbunden werden. Ein martialisches Aufgebot von 4000 Einsatzkräften aus dem gesamten Bundesgebiet, von Seiten der Polizeiführung bereits im Vorfeld der Konferenz als „Deeskalation durch Stärke" höhnisch angekündigt, verwandelte die Innenstadt der Bayernmetropole für das komplette Wochenende in ein Ausnahmezustandsgebiet. „Je näher man an den Bayerischen Hof kommt, desto mehr erinnert die Bewachung an einen südamerikanischen Polizeistaat", ist sogar in der SZ zu lesen.

Der Freitag

Etwa 1500 Menschen kamen am Freitagnachmittag an den vier Kundgebungsorten - Lenbachplatz, Platz der Opfer des Nationalsozialismus, Odeonsplatz und Schrammer-/Theatinerstr. - zusammen, um die Anreise der Kriegstreiber zu stören. Vor allem am „Platz der Opfer des Nationalsozialismus" war die Situation von Anfang an geprägt von massiven Attacken der Polizei, bereits zu langsames Überqueren von Straßen wurde als „Blockadeversuch" gewertet und mit Einkesselungen und Festnahmen beantwortet. Zum Teil vermummte Spezialeinheiten sowie Greiftrupps in Zivil griffen immer wieder willkürlich und mit brutalen Mitteln Einzelne aus der Kundgebung raus. Belegt sind zwei Fälle von erheblich verletzen Demonstranten, einer wurde bewusstlos geschlagen und über den Platz geschleift, eine ärztliche Versorgung wurde erst nach ca. 30 Minuten zugelassen. Im zweiten Fall musste ein Demonstrant, vermutlich nach Tonfas-Einsatz, mit einem Leberriss ins Krankenhaus eingeliefert werden. Darüber hinaus wurde einem Journalisten aus einem Polizeifahrzeug heraus mit Pfefferspray ins Gesicht gesprüht. Einige Fotographen wurden offenbar gezwungen, ihr Bildmaterial von Polizeiübergriffen zu löschen.

Kurzzeitig gelang es einer größeren Gruppe DemonstrantInnen, den Verkehr zu blockieren und einen Konvoi mit TeilnehmerInnen der Konferenz an der Durchfahrt zu hindern. Die Polizeikräfte waren jedoch derart massiv präsent, so dass die Blockade ziemlich bald abgeräumt war. Rund um den Platz wurden daraufhin etwa 80-100 Leute in drei Polizeikesseln eingeschlossen, immer wieder wurden die Leute in den Kesseln mit Tonfas, Schlägen, Fußtritten und Pfefferspray malträtiert, Frauen wurden zudem mit übelsten sexistischen Sprüchen angemacht. Sämtliche BlockiererInnen und auch Leute, die dort lediglich rumstanden durften, anschließend die „gesiebte Luft" in der Ettstraße genießen. Insgesamt wurden am Freitag laut Ermittlungsausschuss (EA) über 200 Menschen vorübergehend festgenommen, der Polizeibericht spricht von insgesamt 147 Personen in Gewahrsam und 28 Festnahmen.

Durch das massive und äußerst brutale Vorgehen der Einsatzkräfte war es definitiv unmöglich, die angemeldeten Versammlungen unter regulären Bedingungen durchzuführen. Schon vor Beginn der Kundgebungen wurde jede/r als DemonstrantIn erkennbare Mensch systematisch mit Kameras abgefilmt. Der Lenbachplatz war komplett eingegittert, KonferenzgegnerInnen durften erst nach Taschen- und Personalienkontrolle den „Polizeikäfig" betreten. Am „Platz der Opfer des Nationalsozialismus" konnte die Kundgebung nur unter extremen Schwierigkeiten abgehalten werden, da einzelne Einsatztrupps immer wieder bis vor die Bühne stürmten. Der Platz selber war von Hunderten bis an die Zähne bewaffneten Polizisten umzingelt, speziell das bayerische USK machte seinem negativen Ruf einer besonders üblen „Schlägertruppe" wieder mal alle Ehre. Selbst vor den „Promis" wurde nicht Halt gemacht, Tobias Pflüger von der Informationsstelle Militarisierung in Tübingen wurde nach seiner Rede vom Lautsprecherwagen gezerrt und festgenommen. Dabei wurde ihm der Hals verdreht und verletzt. Grund soll, wie schon im letzten Jahr, der Inhalt seiner Rede gewesen sein. Auch die geplante Menschenkette wurde stark behindert, Einzelpersonen wurden von Polizei mit und ohne Uniform herausgegriffen, und es wurde Pfefferspray eingesetzt, deshalb war sie letztendlich auch nicht durchführbar.

Zu einem Zwischenfall kam es auch unter den Sicherheitskräften. Im Tagungshotel „Bayerischer Hof" löste sich aus bislang unbekannten Gründen um 13.10 Uhr aus der Waffe eines französischen Personenschützers ein Schuss. Das Projektil schlug im Marmorboden eines Seitenflures ein. Mehrere umstehende Personen wurden von Marmor-Splittern getroffen, darunter drei Journalisten und ein Angehöriger der Bundeswehr. Vier Polizeibeamte erlitten ein Knalltrauma. Die Kriminalpolizei ermittelt



jetzt!

Einigen Dutzend KriegsgegnerInnen gelang es am späteren Abend noch, US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld beim Abendessen mit hochrangigen NATO-Generälen im Nobelrestaurant „Feinkost Käfer“ in der Prinzregentenstraße mit ihrem Protest zu konfrontieren. Während einige direkt ins Restaurant liefen und Parolen riefen, setzten sich andere in den Eingangsbereich bzw. waren vor dem Nobelschuppen lautstark präsent. Nach kurzer Zeit wimmelte es jedoch nur so von Polizei, die unverzüglich Jagd auf die ungebetenen Gäste machte und schließlich rund 30 Leute einkesselte und für etliche Stunden in Unterbindungsgewahrsam steckte.

Der Samstag

Nach der Auftaktkundgebung auf dem Marienplatz formierten sich etwa sieben bis zehntausend Menschen zu einem Demonstrationszug. Die Auflagen beinhalteten, dass Seitentransparente verboten sind, solange ihre Unterkante nicht mindestens 2 Meter über dem Boden verläuft. Der Sinn dieser Auflage war klar, die B. wollten die Möglichkeit behalten, in die Demonstration hineinzukommen, und wollten freie Sicht zum Photographieren. Letztes Jahr



hatten sie diese Auflagen vergessen und sahen sich mit einem vollkommen geschlossenen internationalistischen Block konfrontiert, der sich mit Seitentransparenten und Seilen gegen Zugriffe abgesichert hatte.

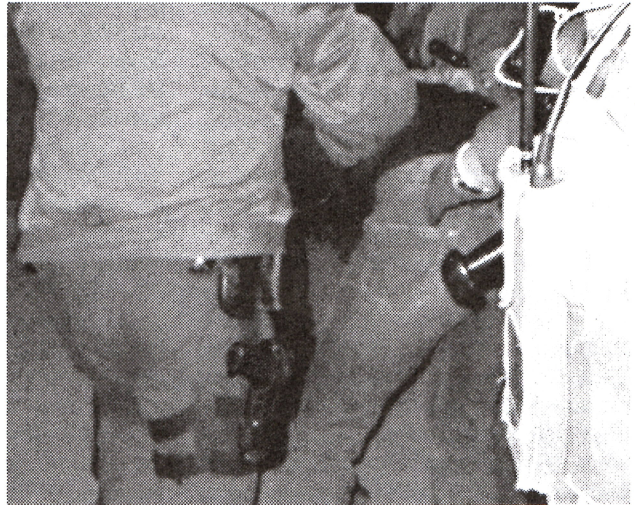
Mehrfach wurde auch dieses Jahr versucht, Seitentransparente am internationalistischen Block anzubringen. Es blieb aber beim Versuch, denn jedes Mal griffen die „Robocops“ den Block sofort an und entrissen die verbotenen Kundgebungsmittel mit brachialer Gewalt. Dabei kam es immer wieder zu kleineren Scharmützeln zwischen der Blockspitze und dem USK. Bereits im Tal kam es zur ersten und heftigsten Auseinandersetzung, mit Fußtritten und gezielten Schlägen wurde versucht, die ersten beiden Reihen zu zermürben und den Leuten Verletzungen zuzufügen. Als dann der Befehl „Helm auf“ kam, drohte die Situation zu eskalieren. Das besonnene Verhalten im Block, unzählige PhotographInnen, die sich im Gewühle tummelten und einzelne FriedensfreundInnen, die sich beherzt zwischen die „Fronten“ warfen, sorgten jedoch dafür, dass sich die Situation wieder entspannte und die Bullen sich zurückzogen.

Der ganze vordere Teil der Demo lief von Beginn bis Ende in einem dichten Spalier (bis zu 3 Reihen auf jeder Seite), eine Art Wanderkessel. Trotz mehrfacher Versuche, durch Stehenbleiben, Haut-ab-Rufen oder Verhandlungen war dieser Zustand nicht zu beseitigen. Während der gesamten Demonstration wurde verhindert, dass sich einzelne TeilnehmerInnen aus dem Zug entfernten, der Charakter eines Kessels wurde dadurch nicht nur optisch bestätigt. Immer wieder wurden Personen aus völlig unersichtlichen Gründen aus der Demo abgegriffen. Nähe Viktualienmarkt war noch eine lustige Aktion nicht nur zu sehen, sondern auch zu riechen, ein offensichtlich verloren gegangener Bullenhelm ging plötzlich in Flammen auf (Kommentar eines Cops: „da brennt die Dummheit eines Kollegen“).

Trotz der Tatsache, dass der Lautsprecherwagen aufgrund technischer Pannen die meiste Zeit ruhig war, war es eine laute und nicht zu überhörende Demo. Nach fast drei Stunden war dann schließlich der Platz der Abschlusskundgebung in unmittelbarer Nähe des Tagungsortes der „Sicherheitskonferenz“ erreicht. Dort war bereits ein riesiger Kessel mit Absperrgittern aufgebaut, um zu verhindern, dass einzelne Gruppen sich dem Tagungsort noch weiter nähern. Anfängliche Gerüchte, es käme jetzt keiner mehr von dem Platz weg, erwiesen sich jedoch als unbegründet.

Nach Abschluss der Kundgebung versuchten einige TeilnehmerInnen noch, zum Polizeipräsidium in der Ettstraße vorzudringen, um die dort einsitzenden Festgenommenen zu unterstützen. Die Ettstraße war aber komplett abgeriegelt, und es kam auch hier noch mal zu einigen Festnahmen. Gruppen abziehender DemonstrantInnen wurden von Greiftrupps quer durch die Innenstadt gehetzt, zum Teil eingekesselt und verhaftet. Den ganzen Nachmittag über bis in den frühen Abend hinein versuchte die Einsatzleitung, mit Hubschraubern einzelne TeilnehmerInnen der Demo zu identifizieren und im Stadtgebiet noch festnehmen zu lassen. Ein Mensch, der bereits heftig blutete, wurde z.B. von den Bullen äußerst unsanft aus dem Kaufhof geschleift.

Am Samstag Abend fanden dann noch in Gebäuden in Giesing und im Westend zwei Scheinbesetzungen statt, die eindeutig Position gegen die „Sicherheitskonferenz“ bezogen. Sachschaden entstand dann noch in der Nacht zum Sonntag als Unbekannte am Stiglmaierplatz etwa zehn Schaufensterscheiben entglasten, für die B. war jedoch



sofort klar, dass es sich bei dieser Aktion nur um auswärtige Autonome handeln konnte.

Insgesamt kam es am Samstag zu ca. 60 Festnahmen, laut EA sind an diesem Wochenende fast 300 Leute eingefahren. Im Polizeibericht ist die Rede von 74 Festnahmen, 177 Gewahrsamnahmen und 8 Identitätsfeststellungen.

Dem EA liegen Berichte vor, nach denen in den Zellen des Polizeipräsidiums erkrankte und verletzte Festgenommene die medizinische Versorgung verweigert wurde. Gefangene bekamen stundenlang kein Essen oder ausreichende Decken in der Nacht. Ein Gefangener wurde in Polizeigewahrsam von mehreren Polizisten körperlich misshandelt. Er wurde eine Treppe herunter gestoßen und getreten, u.a. in die Genitalien. Gegen den in Österreich lebenden türkischen Staatsangehörigen wurde später vom Ermittlungsrichter wegen Fluchtgefahr Untersuchungshaft verhängt. Dies wird begründet mit der österreichischen Meldeadresse des Beschuldigten. Alle anderen Verhafteten jedoch sind mittlerweile wieder auf freien Fuß gesetzt, auch Betroffene aus anderen Ländern.

Am Donnerstag, 12.02.04, soll es eine Soliaktion für diesen Genossen geben!

Eine Einschätzung und politische Auswertung des Wochenendes steht noch aus, dafür brauchen wir noch den Raum für eine gemeinsame Auseinandersetzung, fürs erste nur soviel: Der Zynismus des bayerischen Innenministers Beckstein, der die „professionelle Arbeit“ der Polizei am Wochenende in seiner Pressemitteilung rühmt, ist nicht zu überbieten. Wer die Brutalität der Einsatzkräfte, die sich willkürlich durch das Wochenende prügelten, als professio-

nelle Arbeit tituliert, der macht offen welch Geistes Kind er ist. Die sogenannte „Bayerische Linie" würde sogar jeglichem Polizeistaat alle Ehre machen.
Con Action

München: Solidemo für Gefangenen am 13.2.2004

Am Freitag bei den Protesten gegen die Sicherheitskonferenz wurde ein Freund festgenommen. Dies geschah während des Versuchs, eine Menschenkette am Platz der Opfer des Nationalsozialismus zu bilden. Dagegen fand am 13.2. eine Solidaritätsdemonstration statt unter der Forderung:

Sofortige Freilassung!

Noch am selben Abend wurde ihm eröffnet, dass gegen ihn ein Verfahren wegen versuchter Körperverletzung und Widerstand gegen die Staatsgewalt eingeleitet wurde. Am Samstag wurde er dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Dieser verhängte Untersuchungshaft wegen Fluchtgefahr. Dies wird mit der österreichischen Meldeadresse des Beschuldigten begründet. Alle anderen Verhafteten jedoch sind mittlerweile wieder auf freien Fluss gesetzt, auch Betroffene aus anderen Ländern. Es liegt nahe, dass diese Sonderbehandlung, die dem Betroffenen zuteil wird, im Zusammenhang mit seiner Aussageverweigerung sowie seiner türkischen Staatsbürgerschaft steht. Letzteres bereitet uns zusätzliche Sorgen, da die (bayrische) Polizei leider für ihre rassistische Vorgehensweise bekannt ist.

Uns erschreckt jedoch auch die Absurdität der Vorwürfe. Die Kundgebungen am Freitag wurden von einer äußerst aggressiv auftretenden Polizei immer wieder gewalttätig gestört. Die von der Polizei angewandten Mittel standen in keinem Verhältnis zum Auftreten den KundgebungsteilnehmerInnen. Uniformierte sowie Einheiten in Zivil griffen immer wieder willkürlich Einzelne in der Kundgebung an und wirklich jede/r musste jederzeit damit rechnen, brutal verhaftet zu werden. So eskalierte die Polizei gezielt die Situation. Im Laufe der Kundgebung wurde etwa eine Person von Polizisten bewusstlos geschlagen, über den Platz gezerrt und den SanitäterInnen Zugang verwehrt. Auch in der Gefangenensammelstelle setzte die Polizei ihr brutales Verhalten fort. Der Ermittlungsausschuss erhielt mehrere Anrufe aus der Haftanstalt, nach denen unser Freund in Polizeigewahrsam von mehreren Polizisten körperlich misshandelt wurde! Er wurde eine Treppe hinunter gestossen und getreten, unter anderem in die Genitalien. Uns ist zu Ohren gekommen, dass unserem Freund in der Haftanstalt Prellungen zugefügt wurden. Mittlerweile wurde er in die JVA München-Stadelheim überstellt, wir durften ihn noch nicht besuchen.
Soligruppe München

„Das Ganze war wie ein Albtraum"

Die Auschwitz-Überlebende Esther Bejarano über das Vorgehen der Hamburger Polizei am 31. Januar

Die 79-jährige Esther Bejarano überlebte das KZ Auschwitz und das Frauenstraflager Ravensbrück. Sie ist Mitbegründerin und Vorsitzende des 1986 gegründeten Auschwitz-Komitees in der BRD e.V..

Sie haben am vergangenen Wochenende auf der Demonstration gegen den Nazi-Aufmarsch in Hamburg gesprochen. Wie haben Sie den Samstag erlebt?
Das Ganze war wie ein Albtraum, von dem ich mich immer noch nicht erholt habe. Ich hatte noch nie in meinem Leben Wasserwerfer gesehen. Am Anfang habe ich gedacht: Was sind das bloß für monströse Gefährte, die die Polizei da aufgefahren hat? Dieses Rätsel sollte sich ziemlich schnell lösen, denn noch bevor die Kundgebung begann, traten sie in Aktion. Ich habe dann über Mikro die Polizei aufgefordert, den Einsatz sofort zu stoppen.

Die Reaktion seitens der Polizeileitung war, dass das Stromaggregat für die Lautsprecheranlage beschlagnahmt wurde und ein Wasserwerfer minutenlang seinen Strahl direkt auf den Wagen hielt, in dem ich saß. Und sie wussten genau, wer da drin sitzt, denn ich hatte vorher über die Lautsprecheranlage gesagt, dass ich Auschwitz-Überlebende bin. Ich konnte aus dem Auto auch nicht raus, denn auf der einen Seite waren die Wasserwerfer, auf der anderen Seite eine Polizeikette. Ich hatte große Angst, dass die Windschutzscheibe bricht und ich dem Strahl direkt ausgesetzt bin.

Hat sich jemand von der Polizeiführung bei ihnen dafür entschuldigt?
Im Gegenteil: Ich ging dann später zu einem Beamten der Einsatzleitung, um mich zu beschweren. Der Mann sagte dann zu mir, er könne nichts dafür, er führe nur die Befehle aus, die ihm gegeben werden. Ich antwortete ihm, dass ich diese Worte schon einmal gehört hätte und dass diese Haltung Zig-Millionen Menschen das Leben gekostet habe.

Anlass für die Demonstration war der Nazi-Aufmarsch gegen die Wehrmachtsausstellung. Da haben sich knapp 1000 Nazis versammelt, die größte rechtsextreme Demo in Hamburg seit 30 Jahren.
Diese Masse ist beängstigend. Ich habe den Eindruck, seitdem das NPD-Verbot gescheitert ist, haben die faschistischen Organisationen Zulauf bekommen. Vermutlich denken viele, die können uns ja doch nichts. Dass Faschisten unbehelligt demonstrieren können, liegt aber wohl auch daran, dass die Geschichte in diesem Land nie aufgearbeitet und die Akteure nie belangt wurden. Im Gegenteil, ihnen wurde zur Flucht verholfen, so dass sie die faschistische Ideologie weiterspinnen und weltweit verbreiten konnten. Heute sind Antisemitismus und Rassismus wieder - oder noch immer - gesellschaftsfähig. Faschisten demonstrieren mit denselben Parolen und Emblemen wie damals. Auch am vergangenen Wochenende: Die Nazis waren ausgezogen, die Wehrmacht hochleben zu lassen.

Macht Ihnen das Angst?
Natürlich macht mir das Angst. Ich frage mich, wie so etwas wie letzten Samstag nach den Aber-Millionen Toten, die dem deutschen Faschismus zum Opfer gefallen sind, wie das nach Auschwitz überhaupt möglich ist. Dann denke ich: Wie wird sich das wohl weiterentwickeln? Werden meine Kinder und Enkelkinder irgendwann ähnliches durchmachen müssen wie ich? Viele Menschen in diesem Land sind scheinbar unbelehrbar.

Am Sonntagabend rief mich ein Journalist der Bildzeitung an, um mit mir über die Ereignisse während der Demonstration am Samstag zu reden. Er hätte gehört, ich sei im KZ gewesen, deshalb hätte er einige Fragen an mich, begann er das Gespräch. Nachdem ich ihn fragte, was er denn wissen wolle, sagte er: „Was haben Sie denn verbrochen, dass Sie in Auschwitz waren?" Das hat mir dann den Rest gegeben, ich war völlig schockiert.
Fragen: Birgit Gärtner
(Dokumentiert aus: ND 03.02.04)



Mit Polizeikanonen auf Alternativspatzen

Jörg Bergstedt geht keiner politischen Auseinandersetzung aus dem Wege. Unermüdlich agitiert er für kompromisslosen Umweltschutz, kämpft gegen kleine und große Ungerechtigkeiten. Der 40jährige Autor mehrerer kritischer Bücher über die Anpassung von Nichtregierungsorganisationen lebt mit Gleichgesinnten in der Projektwerkstatt Sassen in der Nähe der mittelhessischen Universitätsstadt Giessen. Für die Polizei und die Behörden ist er ein rotes Tuch. Das lassen sie ihn immer wieder spüren. So sollte Bergstedt am vergangenen Dienstag beim mittelhessischen Polizeipräsidium in Gießen eine Speichelprobe abgeben.

Genau vier Tage zuvor ist Bergstedt die Aufforderung zur Abgabe des genetischen Fingerabdrucks zugestellt worden. Dort wurde ihm eine gewaltsame Blutabnahme angedroht, falls er der Aufforderung zur Speichelprobe nicht Folge leiste. Der Aktivist wurde der „gemeinschädlichen Sachbeschädigung mit politischem Hintergrund" beschuldigt. So soll er im hessischen Landtagswahlkampf 2003 die Plakate politischer Parteien verändert haben.

... Bergstedt wird in der Presse häufig mit den Westberliner Altkommunarden Dieter Kunzelmann verglichen, der mit seinen Aktionen auch viele Leute zum Lachen brachte, die mit ihm politisch ganz und gar nicht einverstanden waren. Kunzelmann hatte dem Berliner Oberbürgermeister Eberhard Diepgen ein rohes Ei an den Kopf geworfen und war dafür vor Gericht gestellt worden. Als Diepgen im Gerichtssaal als Zeuge aussagen wollte, warf ihm Kunzelmann ein zweites Ei an den Kopf und rief: Fröhliche Ostern, du Weihnachtsmann." Kunzelmann wurde zu 6 Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt.

Nach diesem Provokationsprinzip agieren Bergstedt und seine Freunde seit Jahren. Sie bringen damit regelmäßig Politiker, Polizisten und zunehmend auch die Justiz gegen sich auf. Das zeigte sich Mitte November, als Bergstedt wegen mehrerer seiner Polit-Happenings zu einer 9monatigen Gefängnisstrafe ohne Bewährung verurteilt wurde. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Dabei ging es unter anderem um die Aktion „Politiker sprengen" bei der Hessenwahl 2003. Mit Gießkannen bewaffnete Aktivisten besprengten vor den Augen der wahlkämpfenden Politiker, deren Plakate mit Wasser. Zur Zeit erarbeiten die Aktivisten eine Broschüre, in der sie die ihrer Ansicht nach rechtswidrigen Polizeimaßnahmen der letzten Monaten auflisten wollen. Dazu gehörte auch eine Razzia der Projektwerkstatt, die später vom Gericht verurteilt wurde. Die Humanistische Union hat angekündigt, die „Schikanierung eines kritischen Bürgers" Mitte März mit öffentlichen Veranstaltungen in Marburg und Gießen zu thematisieren. Bergstedt und seine Freunde hingegen bleiben ihrem Metier treu. Sie haben schon im Vorfeld angekündigt, aus der Speichelentnahme am Dienstag ein Happening zu machen. Da wollte die Justiz denn doch nicht mitspielen. Am Dienstagmorgen sagte der Richter den Termin zur Speichelentnahme kurzfristig ab. Er werde allerdings zu einem späteren Zeitpunkt nachgeholt, wurde Bergstedt angekündigt.

Peter Nowak

Hamburg: Bürgerschaftsdebatte über die Gefangenenproteste in Santa Fu

GAL: Justizsenator als Sicherheitsrisiko

Am 28.2.04 hat die GAL im Rahmen der aktuellen Stunde die Proteste der Gefangenen in Santa Fu und die Situation dort thematisiert. Die Sprecherin der GAL für Vollzugspolitik, Heike Opitz, erklärte hierzu u.a.: „Die gesamte Situation in Santa Fu ist aber kein Zufall, sondern entspringt einer kühlen Logik. Schon seit langem wurden kontinuierlich Haftverschärfungen eingeführt. Durch den Personalabbau fand eine weitere Verschärfung der Haftbedingungen statt. Und schon seit langem ist die Stimmung gereizt und es war abzusehen, dass es Unmutsäußerungen der Gefangenen geben würde. Diese Proteste sind von Senator Kusch bewusst in Kauf genommen worden. (...) Man kann eher vermuten, dass die Vorfälle und der Verschluss der Gefangenen nun genutzt werden, um völlig überhastet einen Umbau von Santa Fu zu ermöglichen."

Üblicherweise nehmen dann auch die anderen in der Bürgerschaft vertretenen Parteien zum Thema Stellung, das war auch hier der Fall. Und erwartungsgemäß war der Vertreter der SPD, der Abgeordnete Klooß, denn auch der einzige, der die Entwicklung in Santa Fu und die Maßnahmen des Justizsenators kritisierte: „Die Politik, die von Senator Dr. Kusch verfolgt wird, entstammt einer veralteten und überholten Philosophie. Es ist die Politik dieses Senats, möglichst viel ein- und wegzusperren. Sichtbar

Humanistische Union verurteilt Schikanierung eines kritischen Aktivisten

Als skandalöse Schikanierung eines kritischen Bürgers verurteilt die Humanistische Union Hessen eine Vorladung des Polizeipräsidiums (PP) Mittelhessen zur Abnahme einer Speichelprobe. Die Gießener Behörde hat Jörg Bergstedt am Samstag (06. Februar) von der Projektwerkstatt Reiskirchen für Dienstag (10. Februar) vorgeladen, um von ihm einen „genetischen Fingerabdruck" zu nehmen.

Begründet wird diese Maßnahme mit dem Vorwurf „gemeinschädlicher Sachbeschädigung mit politischem Hintergrund". In dieser Vorladung sieht HU-Landessprecher Franz-Josef Hanke einen rechtswidrigen Eingriff in die Freiheitsrechte Bergstedts. Der Vorwurf einer Sachbeschädigung rechtfertigt nach der Rechtsauffassung des Buergerrechtlers keineswegs eine solch weitreichende Maßnahme. In dem Vorladungsschreiben wird Bergstedt die zwangsweise Entnahme einer Blutprobe angedroht, wenn er nicht freiwillig eine Speichelprobe abliefert. Das Vorladungsschreiben gibt an, eine richterliche Anordnung für die Maßnahme liege vor. Dazu stellt Hanke fest, dass der Richter-Vorbehalt für die Anordnung eines „genetischen Fingerabdrucks" die Anhörung des Betroffenen durch den Richter zwingend vorschreibt. Eine solche Anhörung - so beteuert Bergstedt - hat aber in seinem Fall nicht stattgefunden.

Demnach ist die Anordnung gesetzeswidrig. Nach Hankes Ansicht verstößt sie zudem gegen das Übermaß-Verbot des Grundgesetzes. Der ausstellende Richter könnte sich mit dieser Verfügung somit möglicherweise selbst strafbar gemacht haben.

Mindestens einmal ist Bergstedt bereits Opfer einer unrechtmäßigen Polizeiaktion geworden. Eine Hausdurchsuchung in der Projektwerkstatt war im Nachhinein gerichtlich als rechtswidrig eingestuft worden. Dennoch laufen weiterhin Verfahren gegen den Aktivisten, der in der Vergangenheit zahlreiche politische Aktionen - beispielsweise gegen den hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch - durchgeführt hat.

Die rechtswidrige Verfolgung Bergstedts wird die HU Mitte März zum Thema zweier öffentlicher Veranstaltungen machen. Dabei wird am Montag (15. März) in Gießen auch der HU-Bundesvorsitzende Reinhard Mokros sprechen. Auch in Marburg soll wenige Tage vorher eine Podiumsdiskussion zum gleichen Thema stattfinden.

Die HU Hessen ist äußerst besorgt über diese massiven Einschüchterungsversuche gegenüber einem „missliebigen" Freigeist. Der hessische Landesverband der größten und ältesten Buergerrechtsorganisation Deutschlands fordert die Giessener Polizei und Justiz auf, Bergstedts Freiheitsrechte uneingeschränkt zu respektieren und zu rechtsstaatlichem Handeln zurückzukehren.

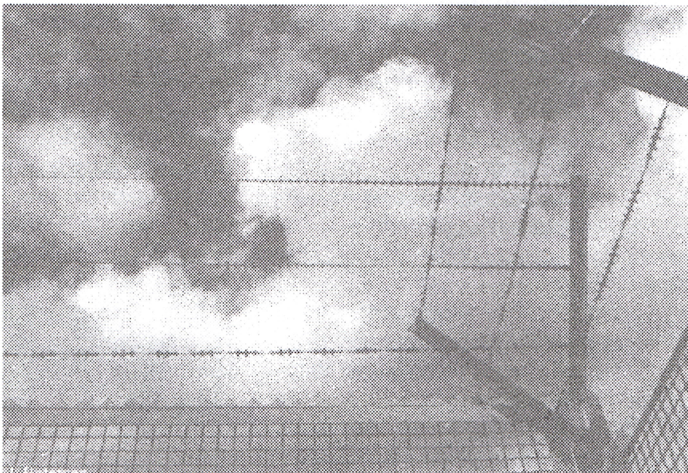
Franz-Josef Hanke, (HU-Landessprecher), Tel. 06421/6 66 16

Unabhängige Prozessberichte:
http://www.hu-marburg.de/hu291203.shtml
http://niehenke.de/beschwerdezentrum/justizirrtum/forum/

wird die neue ‚Philosophie' des Justizsenators in seiner Abkehr vom Konzept des offenen bzw. halboffenen Vollzuuges hin zu einem reinen Verwahrvollzug."

Es dürfte niemanden überraschen, dass die Rechtskoalition sich weitgehend einig war, wo die CDU von „kriminellen Machtstrukturen innerhalb der Anstalten" sprach, hieß es bei PRO, die Verhaltensweise der Gefangenen sei „natürlich völlig inakzeptabel", und ausgerechnet der Abgeordnete Schill glaubte, sich einmal mehr als vermeintlicher Saubermann präsentieren zu müssen, indem er erklärte, die Tatsache, dass sich die Bürgerschaft eine Stunde lang „mit den Protesten von Schwerkriminellen" beschäftige, sei der eigentliche Skandal und eine „Einladung zur nächsten Revolte".

Insgesamt hatte die Debatte denn tatsächlich viel von Wahlkampfgeklingel. Die jetzige rot-grüne Opposition entdeckt die „Resozialisierung", und die „berechtigten" Proteste der Gefangenen dienen ihr als Beleg für das „Scheitern" der Strafvollzugspolitik des Rechtssenates. Ganz so, als habe es eine „Wiedereingliederung der Gefangenen in die Gesellschaft" vor der Machtübernahme des Rechtssenates gegeben, als sei dies praktische Politik etwa des rot-grünen Senates gewesen. Und die den Senat tragenden Parteien gefallen sich in der Rolle derer, die „Hamburg sicherer" machen und eine „harte Hand" gegenüber „Kriminellen" postulieren - insoweit wäre mensch geneigt zu sagen: nichts Neues.



Dann aber eilte Justizsenator Kusch persönlich ans Rednerpult und ließ sozusagen die Katze aus dem Sack. In der Vergangenheit, so Kusch, seien die Gefangenen in Santa Fu „bis zu 50 Stunden pro Woche sich selbst überlassen" gewesen und hätten in dieser Zeit „tun können, was sie wollten", gerade in Santa Fu habe es „eine Art Gefangenenselbstverwaltung" gegeben. Vor seiner Amtübernahme sei Santa Fu „eine Gefahr für die Stadt" gewesen, seitdem habe man versucht, durch verschiedene Maßnahmen wieder „Recht und Gesetz einzuführen". Hier bleibe noch einiges zu tun, so seien insbesondere „weitere bauliche Maßnahmen" notwendig, um den Vollzug auch in Santa Fu so zu gestalten, wie er „auch in anderen Gefängnissen üblich" sei. Kusch erklärte dann, man habe ohnehin die Absicht gehabt, die „unkontrollierte Bewegung" der Gefangenen in Santa Fu einzuschränken, durch die Poteste der Gefangenen sei dies nun lediglich „schneller erfolgt als beabsichtigt." Was Kusch ankündigte, war also nichts anderes als die endgültige Einführung des Verwahrvollzuges auch und gerade in Santa Fu. Die von den Gefangenen in den 70er Jahren erkämpfte Möglichkeit, sich innerhalb des Knastes untereinander bewegen zu können und gemeinsamen Aktivitäten, vom Kochen bis zum Sport treiben, nachgehen zu können, war für das Vollzugsverständnis von Kusch und anderen geradezu eine Provokation. Und wenn Kusch nun also öffentlich ankündigt, man werde diese Bewegungsfreiheit beenden, so hebt er dabei ab auf sein „Lieblingsprojekt", den Knast in Billwerder. Dort gibt es ihn, den von Kusch propagierten völligen Verwahrvollzug, denn außer Zwangsarbeit spielt sich dort kaum etwas ab, die Gefangenen verbringen die restliche Zeit in ihren Zellen und können sich, wenn überhaupt, lediglich auf ihrer Station begrenzt bewegen. Das ist es, was Kusch denn auch in Santa Fu einführen will, und das in dieser Form endlich einmal so deutlich gesagt zu haben, bestätigt nicht nur jene, die das seit längerem vermuteten, sondern ist auch für die betroffenen Gefangenen ein deutliches Zeichen dafür, was sie erwartet, wenn dieser Justizsenator nach der Bürgerschaftswahl im Amt bleibt. Vor der Wahl auf eine Änderung der jetzt herrschenden Zustände in Santa Fu zu hoffen, ist illusorisch, Kusch und Co. werden sich diese Möglichkeit nicht aus der Hand nehmen lassen. Immer noch sind alle Gefangenen unter Verschluss, und sie werden es mindestens auf absehbare Zeit bleiben, das hat Kusch in dieser Debatte einmal mehr bestätigt. Eine Rückkehr zu auch nur annähernd „alten" Verhältnissen, sprich der Bewegungsfreiheit der Gefangenen, wird es unter seiner Verantwortung nicht geben. Oder, um es mit den Worten des FDP-Abgeordneten Müller-Sönksen zu sagen: „Santa Fu muss komplett neu organisiert werden". *(jes, aus: Lokalberichte Hamburg)*

Nachtrag: Ilhan Yelkuvan hat inzwischen seinen Hungerstreik beendet. Er hatte ihn am 18.12. begonnen, nachdem er an diesem Tag zusammen mit fünf weiteren Gefangenen gewaltsam ins Untersuchungsgefängnis am Holstenglacis verlegt und dort isoliert worden war. Die Forderung seines Hungerstreiks lautete Rückverlegung nach Santa Fu und Aufhebung der Isolationshaft. Die Gefängnisverwaltung hatte Ilhan Yelkuvan und die anderen fünf für die Protestaktionen von über 200 Gefangenen gegen die Verschärfung der Haftbedingungen verantwortlich gemacht.

Polizei verschickt Vorladungen wegen Ahaus-Blockade Atomkraftgegner klagen gegen Ingewahrsamnahme

16 Atomkraftgegner aus Münster und dem Münsterland erhielten in diesen Tagen Vorladungen von der Polizei. Gegen sie wird in Zusammenhang mit der Blockade des Atommüll-Lagers in Ahaus am 17. Dezember 2003 wegen „Verstoß gegen das Versammlungsgesetz" ermittelt. Damals hatte die Polizei die 16 Umweltaktivisten in Gewahrsam genommen. Fallen gelassen hat die Polizei den Vorwurf der Nötigung und des Hausfriedensbruches, der ursprünglich ebenfalls genannt wurde. Der Anmelder der spontanen Demonstration in der Ahauser Innenstadt am 14. Januar 2004 wurde ebenfalls vorgeladen. Gegen ihn wird wegen „Verstoß gegen das Versammlungsgesetz, Sachbeschädigung und Widerstand" ermittelt.

Das Münsteraner Bündnis „Stoppt Atomtransporte!!" und die WIGA (Widerstand gegen Atomanlagen) Münster wenden sich auf das Schärfste gegen den Versuch der Polizei, legitime Proteste gegen die geplanten Atomtransporte von Dresden nach Ahaus zu kriminalisieren. Bei beiden Veranstaltungen hat die Polizei klar überreagiert. Mit ihren Ermittlungsverfahren versucht die Polizei offensichtlich das Demonstrationsrecht in Ahaus im Vorfeld der geplanten CASTOR-Transporte massiv einzuschränken. Das werden wir nicht hinnehmen.

Vor dem Verwaltungsgericht Münster hat jetzt einer der betroffenen Atomkraftgegner eine Musterklage gegen die unrechtmäßige Ingewahrsamnahme durch die Ahauser Polizei eingereicht. Wie unterstützen diese Klage und rufen die Ahauser Polizei auf, bei politischen Demonstrationen das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit zu respektieren.

In den nächsten Wochen werden die Aktionen in und um Ahaus an Umfang und Intensität deutlich zunehmen. Wenn die Polizei schon bei kleinen, völlig friedlichen Veranstaltungen so hart reagiert, lässt dies für die Zukunft schlechtes erahnen.

Münsteraner Bündnis „Stoppt Atomtransporte!!" WIGA (Widerstand gegen Atomanlagen)

Folter in Spanien weiter an der Tagesordnung

Thema wird auf internationaler Ebene behandelt – Interview mit Iñigo Elkoro, Sprecher und Anwalt vom baskischen Antifolterkomitee (Torturaren Aurkako Taldea, TAT)



Warum hat TAT zu einer Großdemonstration am Samstag gegen die Folter in der baskischen Stadt Donostia -San Sebastián aufgerufen?
Eigentlich haben die Menschen oder ihre Angehörigen zu der Demonstration aufgerufen, die in den letzten 25 Jahren seit der Verabschiedung der spanischen Verfassung selbst Folter erleiden mussten. Besonders rufen die Familien zu dem Protest auf, deren Angehörige in den Kerkern der verschiedenen Sicherheitskräfte zu Tode gekommen sind. Die Demonstration findet im Rahmen des baskischen Aktionstags gegen die Folter heute (Fr.) statt. Den Tag gibt es seit den 80er Jahren, nachdem am 13. Februar 1981 Joseba Arregi von der Nationalpolizei zu Tode gefoltert wurde. Obwohl die Verfassung seit 25 Jahren die Folter verbietet, findet sie weiter statt und die Demonstration fordert das Ende dieser grausamen Praxis.

Gibt es Veränderungen?
Die Folter ist eine Konstante in den letzen 25 Jahren. Vielleicht gibt es heute weniger Festnahmen als in den 80er Jahren, dafür gibt es nun sogar mehr Gefangene als im Durchschnitt der Diktatur. Jedes Jahr erleiden mindestens 100 Basken die Folter. Bei einer Bevölkerung von 2,5 Millionen Menschen ist das eine sehr große Zahl.

Was fordert TAT, um die Folter zu beenden?
Wichtig sind zwei Elemente: die Abschaffung der fünftägigen Kontaktsperre für Festgenommene. In der Zeit, ohne Kontakt zu den Angehörigen, einem Anwalt oder Arzt des Vertrauens, findet die Folter üblicherweise statt. Zudem müssen dem Nationalen Gerichtshof die Kompetenzen entzogen werden, denn das Sondergericht erlaubt die Folter, um an Geständnisse zu kommen. Natürlich muss auch die Straffreiheit der Folterer beendet werden. Systematisch werden verurteilte Folterer begnadigt oder gar nicht angeklagt und Folterer sogar befördert.

Warum hat TAT den Regionalparlamenten in Navarra und der Autonomen Baskischen Gemeinschaft mehr als 50.000 Unterschriften gegen die Folter überreicht?
All diese Menschen fordern mit ihrer Unterschrift die beiden Parlamente auf, die baskische Bevölkerung zu schützen und in Madrid das Ende der Folter zu fordern. Es ist keine Gesetzesinitiative, denn in dieser Frage haben diese Regionalregierungen keine Kompetenzen.

Die Regierungen negieren stets die Existenz der Folter. Was bedeutet es, wenn Spanien demnächst vor der Kommission für Menschenrechte der UNO erscheinen muss, die immer wieder die Misshandlungen in Spanien beklagt?
In diesem Jahr kommt ein Element hinzu, das verspricht, dem Vorgang zusätzlich Gewicht zu verleihen. Der UNO-Sonderberichterstatter der Kommission im letzten Jahr persönlich im spanischen Staat und hat sich mit vielen Menschenrechtsorganisationen und Personen unterhalten, die gefoltert wurden. Seinen Bericht wird er der Kommission im März oder April ebenfalls vorlegen. Wir kennen zwar den Inhalt nicht, aber die Tatsache, dass er selbst hierher gekommen ist, zeigt die Besorgnis, die es in der Menschenrechtskommission gibt. Auch er hat nach dem Besuch auf einer Pressekonferenz über die Kontaktsperre beklagt. Erstmals hat er auch auf die Zerstreuung der baskischen Gefangenen und die Inhaftierung fern der Heimat hingewiesen.
Das Interview führte Ralf Streck

Strasbourg lehnt Widerspruch formal ab

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Strasbourg hat die Klage der baskischen Regionalregierung gegen das neue spanische Parteiengesetz nicht angenommen. Das Gericht argumentiert, die baskische Regierung habe keine Kompetenz für eine Klage gegen das neue Gesetz, das vor einem Jahr zum Verbot der linksnationalistischen Partei Batasuna (Einheit) führte.

Schon im letzten Jahr hatte Batasuna erklärt, die Klage der Regierung, die von den moderaten Nationalisten und der spanischen Vereinten Linken (IU) gestellt wird, sei ein „Feuerwerk" der Propaganda, das zu „nichts führt". Die Partei wies darauf hin, nach Artikel 33 der Konvention könnten nur Staaten oder nach Artikel 34 nur Betroffene klagen. Deshalb habe man sich gegen diese Klage ausgesprochen, erklärte der Parteisprecher Arnaldo Otegi. Konsequent votierten deren Abgeordneten im Regionalparlament, die dort als Fraktion „Patriotische Sozialisten" (SA) weiter bestehen, auch gegen diese Initiative.

Derzeit bereitet die Partei ihrerseits eine Klage als Betroffene bei dem Gerichthof vor. Nachdem am 20. Januar das spanische Verfassungsgericht das Verbot der Partei bestätigte, ist der Rechtsweg in Spaniens ausgeschöpft und die Bedingung für den Gang nach Strasbourg erfüllt. Weil das neue Gesetz rückwirkend angewandt wurde und der Partei keine Verbindung zur Untergrundorganisation ETA nachgewiesen wurde, rechnet man sich gute Chancen aus, das Verbot wieder zu kippen.

Obwohl die Klage aus rein formalen Gründen abgelehnt wurde, werten spanische Politiker dies als Unterstützung für das neue Gesetz, das explizit für das Batasuna-Verbot erschaffen wurde. Der konservative Justizminister José María Michavila forderte die baskische Regierung auf, „definitiv die Terrororganisation aus dem baskischen Parlament zu werfen, statt ihre Stimmen zu benutzen". Dabei, das weiß auch Michavila, vertreten Parlamentarier keine Partei, sondern die Wähler. Deshalb konnte auch die Fraktion SA nicht aufgelöst werden.

Auch die oppositionellen Sozialisten (PSOE), sehen sich in der Unterstützung des Gesetzes bestätigt. Für deren Sprecher Carme Chacón ist es eine „sehr positive" Entscheidung, die denen Recht gäbe, die das „Parteiengesetz ausgehandelt haben", meinte er. Reaktionen der französischen Regierung gibt es noch nicht, denn in Frankreich ist die Batasuna weiter legal. Erst Ende Januar hatte der französische Innenminister Nicolas Sarkozy erklärt, man werde sich mit einem Verbot erst beschäftigen, „wenn alle Verfahren auf spanischer und europäischer Ebene an ihr Ende gelangt sind".
(c) Ralf Streck, 11.02.2004

Frankreich

Gebären in Handschellen

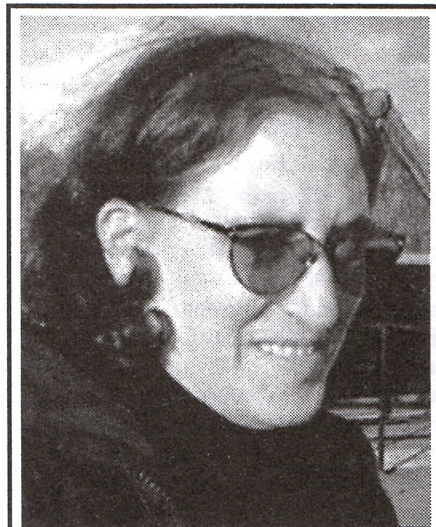
Die französische Stelle der internationalen Organisation für die Überwachung der Gefängnise OIP (Observatoire international des Prisons) teilt mit, dass eine Gefangene des Frauengefängnisses Fleury-Mérogis in Handschellen gebären musste.

Die Gefangene war am 1. Januar aus der

Haftanstalt in das Krankenhaus Hôpital Sud Francilien d'Evry gebracht worden. Als sie in den Kreißsaal sollte, weigerte sich die Gefangene, in Anwesenheit des Gefängnispersonals zu gebären, das den Auftrag hatte, sie zu bewachen. Diese legten ihr daraufhin Handschellen an. Auf Anfrage von OIP erklärte die Krankenhausleitung am 9.2., dass der Vorfall der Anlass für einen „lebhaften Meinungsaustausch zwischen dem Ärzteteam und dem Team, das mit der Bewachung beauftragt war, gewesen sei, welches sich auf „Nationale Richtlinien" berief, um die Anwesenheit im Saal und die Verwendung von Handschellen zu rechtfertigen. Die Krankenhausleitung soll gefordert haben, dass unverzügliche Maßnahmen getroffen werden, damit die Meinung der Ärzte durch die Bewachungsbeauftragten berücksichtigt werde.

Das Krankenhaus ist offenbar des Öfteren mit den strammen Methoden der Begleiteskorten zur Bewachung von Gefangenen konfrontiert. Laut Reporterassociati.org hat die Krankenhausleiterin Marie Paule Morin erklärt, dass Ärzte und Pfleger wegen des jüngsten Vorfalls unter Schock stehen und dass die Auseinandersetzungen mit dem Gefängnispersonal wegen der Art der Behandlung der Gefangenen häufig seien. Speziell zur Lage der weiblichen Gefangenen können Menschen, die französisch verstehen, die Dokumentation auf http://prisons.de.femmes.free.fr/france.html einsehen. Das Gefängnis Fleury-Mérogis wird oft erwähnt und tritt eindeutig negativ zum Vorschein. Die Meldung von OIP ist unter http://www.oip.org/actualite/actu.htm einsehbar.

(Quelle: Indymedia)



Sara, geboren 1953, kämpfte seit 1975 gegen das Shah-Regime. 1977 wurde sie durch SAVAK verhaftet und gefoltert, aber bald freigelassen, weil SAVAK von ihr gar nichts rausbekommen konnte. Sie kämpfte nach 1979 gegen das neue Regime und war Vertreterin der Arbeiterinnen in eine Arbeiterrat. Sie musste einige Jahre im Untergrund leben und später 1986 aus dem Land fliehen.

USA

Reaktionäre trommeln gegen vorzeitige Entlassung von Herman Bell

In Januar mobilisierten die Patrolmen's Benevolent Association (PBA) [Wohltätigkeitsvereinigung der Streifenpolizisten], die Gewerkschaft der New Yorker Polizei, zusammen mit den konservativen Medienmacher von der Post und Daily News, alle ihre Kräfte gegen die vorzeitige Entlassung von Herman Bell, ein seit über 30 Jahren inhaftiertes ehemalige Mitglied der Black Panther Party und Schwarzen Befreiungsarmee. Bell und zwei weitere Genossen, Jalil Muntaquin und Albert ‚Nuh' Washington, bekannt als die ‚New Yord 3', wurde der Mord an den beiden Polizisten Waverly Jones und Joseph Piagentini 1971 zur Last gelegt, sie wurden zu Lebenslänglich mit möglicher Freilassung erst nach 25 Jahren verurteilt (siehe Info 281).

Die Post wies ihre LeserInnen auf die Internetseite der PBA hin, wo Unterschriften gegen die Freilassung von Bell gesammelt wurde. Laut PBA hat sie Anfang Februar schon fast 1.000 e-Mails plus 800 Unterschriften, die ein ehemaligen Detektiv gesammelt hat, zusammen. Dazu kamen noch weitere 6.000 Unterschriften von Mitgliedern der PBA. Der Fernsehsender Fox TV dagegen berichtete von 60.000 Unterschriften.

Obwohl es Beweise dafür gab, dass die Behörden entlastende Beweise zurückhielten – alle Beweise sind längst von der Polizei vernichtet worden –, stellten die Post und Daily News die Schuld der New York 3 als einwandfrei bewiesen dar. Die Post weiß, dass Bell Piagentini mit seinen eigenen Waffe erschoss hat. Laut der Daily News hat er dies „angeblich" getan.

In ihrer Ausgabe vom 19. Januar führte die Post den besonderen Beweis für Bells Schuld an - ein Artikel des Schauspielers James Woods, der 1985 in einer Fernsehverfilmung des Falles den Stellvertretenden Staatsanwalt spielte.

Unter der Überschrift „Lasst diese Ratte verrotten" schreibt Woods: „Ich war von diesem Fall gefesselt, sowohl als junger Bürger in New York, als es passierte, und später als Schauspieler bei der Nachspielung der Ereignisse für den Fernsehfilm 'Badge of the Assassin'. Meine Eindrücke haben sich von dem Tag, an dem ich die furchtbare Nachricht dieses hinterhältigen Attentats hörte, bis zu diesem Tag gleicher Infamie, wo dunkle Mächte für die Freilassung der feigen Mörder arbeiten, nichts im Geringsten geändert."

Woods gibt die LeserInnen anschließend einen Einblick in seine Eindrücke, die nicht anders sind als ein Versuch, die Kämpfe der schwarze Befreiungsbewegung zu diskreditieren. Bell und seine Genossen wollten nur „alles Gute zerstören". Den Fortschritt bei der rechtlichen Gleichstellung von Minderheiten erklärt er zum quasi Wunder, das auf dem „guten Willen Männer aller Hautfarben, Glauben und Überzeugung ..." basiere. Die Konsequenz aus seinen Eindrücke ist die Forderung nach der Todesstrafe.

Die Daily Mail schlug in die gleiche Kerbe. Als Wortführer durfte sich der afroamerikanische Kolumnist Stanley Crouch andienen. Als erstes vergleicht Crouch Bell mit dem Ku Klux Klan und anderen Rassisten und erklärt ihn anschließend für verrückt, weil er sich für die Rechte der Schwarzen einsetzt.

Der Beweis für die Verrücktheit von Bell und die ganze schwarze Befreiungsbewegung ist die Negation der Sklaverei und Lynchjustiz: „Es gab keinen Massenmord an Schwarzen; es gab keine Konzentrationslager für Afroamerikaner", meint Crouch. „Die schwarze Community entwickelte sich fort ohne die schwarze Befreiungsarmee, die Black Panther Party und den Rest der so genannten Revolutionäre."

Für die PBA und ihre Scharfmacher bei der Post und Daily News muss es ein ziemlicher Schock gewesen sein, als in einer öffentlichen Pressekonferenz am 3. Februar Jones Sohn erklärte, er sei von der Unschuld Bells überzeugt, und die PBA aufforderte, ihren Widerstand gegen seine Freilassung einzustellen. „Ich bin stolz auf Herman Bell und alles, was er geleistet hat trotz seiner Inhaftierung in all diesen Jahren ..."

Bells Anhörung vor der Strafaussetzungskommission fand am 4. Februar statt, das Ergebnis wird erst ab Ende der zweiten Februarwoche bekann gegeben.

Die für Januar terminierte Anhörung von Sundiata Acoli (siehe letzte Ausgabe) wurde ohne Erklärung auf Februar verschoben.

Ein Brief von Leonard Peltier



Hau Kola, Hallo, meine Freunde, meine Verwandten,

ihr könnt euch den innige Trost nicht vorstellen, den es bedeutet zu wissen, dass man im Gefängnis nicht vergessen ist. Dies ist mein achtundzwanzigstes Jahr, und ich habe andere kommen und gehen gesehen. Ich kann nur eine große Traurig-

keit für die vielen jungen Männer empfinden, die aus dem einen oder anderen Grund ständig zurückkommen, oftmals wegen alkoholbedingte Straftaten. Vieles hat sich geändert, seitdem ich hier eingeliefert wurde, und dennoch ist es in vielerlei Hinsicht das Gleiche geblieben.

Unter dem Vorwand der Sicherheit und des Fortschritts befreite uns die Regierung von unserem Land, den Ressourcen, unserer Kultur, Menschenwürde und Zukunft. Sie haben sich an kein Abkommen, das sie mit uns abschlossen, gehalten. Das Wort „befreit" benutzte ich hier im allgemeinen und sarkastischen Sinne. In dem gleichen Sinne, wie ich ihre Benutzung des Wortes „Kollateralschaden" auffasse, wenn sie unschuldige Männer, Frauen und Kinder töten.

Menschen, die ihre Heimat verteidigen, nennen sie Terroristen, Wilde und feindselig und werfen uns vor, die Aggressoren zu sein. Wir haben nie einen Kampf geschlagen, der nicht auf unseren Boden stattfand; wir haben nie den ersten Schuss abgefeuert ... niemals. Meine Worte richten sich an die Nicht-Indianer: Macht die Augen jetzt auf, bevor es zu spät ist - seht, was anderen Menschen in eurem Namen angetan werden, und seht, was für eine Zerstörung ihr sanktioniert, wenn ihr nichts sagt. Euer eigenes Abkommen, das zwischen euch und der Regierung, wird tagtäglich missachtet. Dieses Abkommen ist allgemein als die Verfassung bekannt.

Bei uns fingen sie an, Stück für Stück unsere Rechte einzuschränken, bis wir gar keine mehr hatten. Es wird mit der Verfassung ähnlich zugehen. Dies ist keine Vermutung, sondern Tatsache. Wir müssen uns nicht gegen Menschen anderer Hautfarbe wehren, sondern gegen ihre Schwäche, das Gieren nach Macht und Reichtum auf Kosten anderer.

Menschen aller Hautfarben, Kulturen und Glauben müssen sich zusammen gegen die genozide Politik stemmen, die uns alle konfrontiert, da die ökonomisch Herrschenden alle versklaven wollen und eine Nation gegen die andere aufhetzen.

Wenn ihr die Gesetze nicht missachtet, das tut, was sie euch sagen, und die Armen, Unterdruckten und Ausgebeuteten ignoriert, werdet ihr wahrscheinlich keine Probleme haben. Versucht ihr aber, Unrecht zu bekämpfen, denn werdet ihr mit Sicherheit mit großem Widerstand konfrontiert und der Gefahr von Haft oder Tod ausgesetzt sein.

Ich bin ein Sonnentänzer. Ich habe das Gelöbnis meines Volkes abgelegt ... Ich werde dieses Gelöbnis nicht brechen. Ich werde weiterhin reden, schreiben und organisieren ... Wenn ich dies vom Gefängnis aus tun kann, dann habe ich keinen Zweifel, dass ihr in eurer Lage es viel besser tun könnt ... gebt niemals auf.

Im Geiste Crazy Horse,
Leonard Peltier
Mitakuye Oyasin

Mysteriöser Mordfall aufgeklärt?

Im März letztes Jahres erließ das FBI Haftbefehl wegen Mordes während einer Entführung gegen Arlo Looking Cloud und John Graham. Graham wohnt mittlerweile in Kanada und wehrt sich gegen einen Auslieferungsbefehl. Anfang März wird ein Richter darüber entschieden.

Looking Horse' Prozess begann am 3. Februar und war gegen Mittag am 6.Februar vorbei. Looking bestritt nicht, am Tatort gewesen zu sein, behauptete aber, dass Graham der Täter war und er von dem geplanten Mord nichts wusste. Gegen 19.30 Uhr erklärte ihn die Jury für schuldig. Gesetzlich vorgesehen ist lebenslänglich, das Urteil wird im April verkündet.

Nun ist ein Mordprozess nichts Außergewöhnliches. Außergewöhnlich ist aber, dass ein Mordfall nach 28 Jahren aufgeklärt wird. Interessant ist es allemal, wenn die Verstorbene eine politische Aktivistin gewesen war, besonders wenn ihr Tod für viel Spekulation gesorgt hat.

Anfang der 70er Jahre geht die Kanadierin Anne Mae Aquash in die USA und schließt sich die indigenen American Indian Movement (AIM) an. 1973 beteiligt sie sich an der über zwei Monate dauernden Besetzung von Wounded Knee.

In Februar 1976 wird ihr Leichnam aufgefunden, laut Autopsiebefund ist die Todesursache Erfrierung. Die örtlichen FBI-Agenten erklären die Tote wegen Witterungseinwirkungen für nicht identifizierbar und lassen die Hände abhacken und nach Washington zur Untersuchung schicken. Nachdem die Leiche als Aquash festgestellt wird, findet eine von einem unabhängigen Pathologen durchgeführte zweite Autopsie statt, bei der eine tödliche Schusswunde am Hinterkopf entdeckt wird. Der damalige führende FBI-Beamte vor Ort meinte, er sei extrem verärgert gewesen, als die Schusswunde entdeckt wurde, da der Eindruck hätte erweckt werden können, das FBI versuche, zu vertuschen.

Jahrelang kursierte das Gerücht, das FBI habe Aquash ermordet bzw. den Mord veranlasst, andere wiederum meinten, sie sei vom AIM umgebracht worden, weil sie eine FBI-Informantin gewesen sei. Sowohl Looking Cloud als auch Graham waren damals Mitglied von AIM. Es war also doch AIM, oder auch nicht!

Die Staatsanwalt führte insgesamt 23 Belastungszeugen auf. Laut einem Prozessbeobachter widersprachen die Aussagen von FBI-Agenten nicht nur der Bekleidung der Verstorbene, sondern der Leichnam wurde als jemand anders identifiziert.

Die zweite Autopsie wurde nur auf Drängen der Familie von Aquash und nicht des FBIs durchgeführt. Routinemäßige Röntgenaufnahmen waren bei der ersten Autopsie nicht gemacht worden.

Ehemalige AIM-Mitglieder wurden aufgeführt um über verschiedene Zusammenkünfte mehrerer Leute kurz vor Aquashs Ermordung, bei der sowohl Looking Cloud als auch Aquash anwesend waren, auszusagen. Nach dem Staatsanwalt wusste Looking Cloud vom geplanten Mord und hätte jeder Zeit abhauen können, hat dies aber nicht getan. Der Strafverteidiger versucht zu beweisen, dass Looking Cloud und die anderen Aquash beschützen wollten, weil sie als Spitzel denunziert wurde und Angst um ihr Leben hatte. Gelegenheit abzuhauen hatte Aquash genug, ist aber geblieben. Keiner der Zeugen konnte die Version der Staatsanwaltschaft bestätigen.

Die Tochter Aquashs sagte aus, dass Looking Cloud sie im April 2002 anrief und von der Tat berichtete, aber betonte, dass er nicht geschossen habe. Zwei ehemalige AIM-Mitglieder, u.a. John Trudell, der damalige Nationaldirektor, erzählten, dass Looking Cloud ihnen Ende der 80er Jahre die Tat gestanden habe. Nach dem Polizisten Robert Ecoffey hatte Looking Cloud 1995 ihm gegenüber zugegeben, Aquash erschossen zu haben, trotzdem wurde bis 2003 gewartet, um Haftbefehl zu erlassen.

Nach Trudell waren Looking Cloud und Graham nur kleine Fische und nur jemand aus der AIM-Führungsebene hätte den Befehl zur Tötung Aquash geben können, alleine hätten sie es nie gemacht. Das war es, was das FBI und Staatsanwaltschaft hören wollten, aber alleine war das zu wenig, man musste noch viel mehr kommen.

Dies lieferte Darlene Nichols, die ehemalige Frau von AIM-Mitbegründer Dennis Banks. Die Banks waren 18 Jahren verheiratet und haben vier Kinder.

Nichols sagte aus, dass die AIM-Führung überzeugt war, dass Aquash eine Informantin war. Sie habe selber gesehen, wie Banks und noch einer Aquash zwangen, Bomben zu basteln, damit ihre Fingerdruck drauf waren. Außerdem behauptete sie, dass Leonard Peltier 1975 eine Pistole auf den Kopf von Aquash richtete und angab, zwei Jahr zuvor zwei FBI-Beamten erschossen zu haben: „Der Hurensohn flehte um sein Leben, aber ich habe ihn trotzdem erschossen."

Nach Nichols rief Banks an dem Tag an, an dem Aquashs Leiche gefunden wurde und noch bevor es öffentlich bekannt war, und erzählte ihr, dass Aquash tot sei.

Nichols musste zugeben, dass sie für ihre Aussage und für das Tragen eines versteckten Mikrofon bei Treffen mit Banks über $40.000 vom Staat bekommen hat. Dass ihre Aussage Rache an Banks wegen seines Verhältnis mit Aquash ist, verneinte sie. Das nächste Mal wird die Regierung ihr Netz „nach der Führung auswerfen", sagte der ehemalige AIM-Mitglieder Milo Yellow Hair.

Postkartenaktion zum 24. April 2004

Geburtstagsaktion – Glückwunschkarten für Mumia

Am 24.04.2004 wird Mumia Abu-Jamal 50 Jahre alt. Fast die Hälfte davon (22 Jahre) hat er unschuldig in der Todeszelle verbracht.

Aus Anlass dieses runden Geburtstages rufen wir, das Bundestreffen der Mumia Abu-Jamal Unterstützungskomitees, alle dazu auf, sich an einer Geburtstagskartenaktion zu beteiligen.

Im ersten Schritt geht es darum, Motive für die Karten zu entwerfen. Diese können bis zum 27.02.04 an bundestreffen@mumia.de geschickt. werden. Alle Entwürfe werden dann in einer Internet-Galerie ausgestellt, wo jede/jeder seine persönlichen Favoriten für den Druck vorschlagen kann. Und schließlich sollen natürlich möglichst viele Leute diese Karten bestellen und an Mumia schicken.

Diese Aktion versteht sich nicht als ausgewachsener Kunstwettbewerb, sondern vielmehr als eine Mobilisierung, an deren Ergebnis Mumia direkt teilhaben kann.

Wir möchten mit dieser Aktion Mumia zeigen, dass es viele Menschen gibt, die an ihn denken und sich für seine Freilassung einsetzen. Auf der anderen Seite zeigen wir damit aber auch den Vertretern des Justiz- und Knastsystems, dass viele Leute Mumia in seinem Kampf unterstützen und seinen Fall genau beobachten.

Genauere Infos gibt es auch im Internet auf: www.freedom-now.de

Wie kann ich mich beteiligen?

1. Eine Glückwunschkarte für Mumia entwerfen. Die genauen Einzelheiten dazu stehen unter *Entwürfe*.

2. Bei der Auswahl der besten Motive, die dann gedruckt werden, mitmachen. Einzelheiten dazu stehen unter *Abstimmung*.

3. Die Glückwunschkarten verteilen, damit Mumia möglichst viele Geburtstagsgrüße bekommt. Genaueres dazu unter *Bestellung*.

4. Selbst Mumia eine Glückwunschkarte senden. Genaueres dazu steht unter *Karten senden*.

Entwürfe

Der Kreativität sind (fast) keine Grenzen gesetzt. Wir möchten euch aber bitten, folgende Punkte zu beachten:

- Die Entwürfe sind per E-Mail an folgende Adresse zu schicken: bundestreffen@mumia.de mit dem Betreff „Geburtstag".
- Einsendeschluss ist der 27.02.2004
- Wer keinen Computer hat und trotzdem teilnehmen möchte, kann den Entwurf auch an folgende Adresse schicken: Solidaritätskomitee Mumia Abu-Jamal, Alte Feuerwache, Am Landwehrplatz 2, 66111 Saarbrücken.
- Das Datei-Format sollte möglichst JPG (gute Qualität) sein.
- Die Auflösung sollte 300 dpi betragen. Bei geringeren Auflösungen wird die Qualität für den Druck zu schlecht, bei höheren die Datei zu groß.
- Die Bildgröße sollte der einer Postkarte entsprechen, also 10,5x14,8 cm (DIN A6).
- Und bedenkt bitte: Empfänger der Karten ist Mumia selbst. Deswegen raten wir von einer Gestaltung mit seinem Portrait ab wer kriegt schon gerne massenweise Geburtstagspost mit dem eigenen Konterfei darauf?

Abstimmung

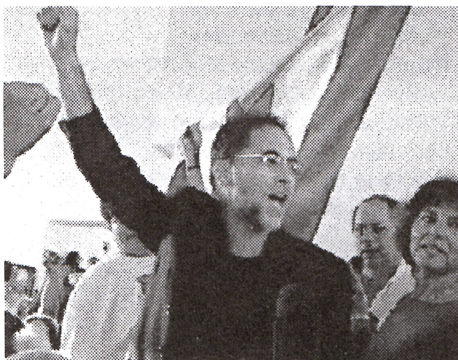
- Ab Anfang März sind die Entwürfe auf der Internetseite www.mumia.de ausgestellt.
- Über ein spezielles Abstimmungssystem kann dort jede/r seine/ihre persvnlichen Favoriten für den Druck vorschlagen.
- Letzter Tag für die Abstimmung ist der 10.3.04.

Bestellung

- Es ist geplant, die beliebtesten Motive als Postkarten drucken zu lassen.
- Damit wir einen Überblick über die Anzahl der zu druckenden Karten bekommen, wäre es gut, wenn ihr uns schon frühzeitig unverbindlich mitteilen könntet (an bundestreffen@mumia.de), wie viele ihr gerne hättet.
- Verbindliche Bestellungen werden über bundestreffen@mumia.de entgegen genommen, sobald Motive und Preise feststehen. Aktuelle Infos gibt es dann auf der Internetseite.

Karten senden

- Ihr könnt Mumia auch auf Deutsch schreiben.
- Eine Postkarte in die USA kostet 1,00
- Damit die Karten rechtzeitig ankommen, sollten sie eine Woche vor dem 24.04.04 verschickt werden.
- Mumias Adresse ist:
  Mumia Abu-Jamal, #AM-8335, SCI Greene
  175 Progress Drive
  Waynesburg, PA 15370, USA





Puertoricanischer Kriegsgefangener kam frei

Nach 19 Jahren Haft wurde Juan Segarra Palmer am 23. Januar aus dem Knast entlassen. Gegen halb fünf am nächsten Morgen landete er am Flughafen Carolina in Puerto Rico, wo viele Familienmitglieder, Freunde, Unterstützer und Vertreter verschiedener Pro-Unabhängigkeits-Parteien und -Gruppen, u.a. die ehemalige politische Gefangene Lolita Lebron, warteten.

Palmer wurde zu 55 Jahren verurteilt wegen sein angeblicher Involvierung an der Enteignung von $7.1 Mio. aus dem Wells Fargo Geldtransportfirma 1983 durch die puertoricanischen Unabhängigkeitsbewegung Los Macheteros. Weiter 10 Jahre bekam er wegen versuchten Ausbruchs. 1999, kurz vor Ende seiner Amtszeit, begnadigte Präsident Clinton 12 Mitglieder der Macheteros und FALN, denen ca. 130 Angriffe gegen militärischen und politischen Zielen in den USA und in Puerto Rico angekreidet wurden. Elf wurde freigelassen, Palmer Haftzeit wurde verkürzt.

Aus dem bewaffneten Widerstand sitzen im Knast immer noch Oscar Lopez-Rivera, Antonio Comach Negron, Haydee Beltrán Torres und Carlos Alberto Torres.

Mumia Abu-Jamal:

Schwarze Geschichte light

USA: Befreiungsbewegung als Kassenschlager. Die zwei Seiten des Black History Month

Der Black History Month, die Rückbesinnung auf die afroamerikanische Geschichte, der im Februar eines jeden Jahres begangen wird, ist eine zweischneidige Sache. Einerseits zeigt sich darin der verständliche Stolz der schwarzen US-Bevölkerung auf die Errungenschaft ihrer Vorfahren: Diese fochten lange und hart - gegen den Terrorismus jener Kräfte, welche die Position der weißen Vorherrschaft um jeden Preis erhalten wollten. Die Protagonisten dieses Kampfes setzten alle vorstellbaren Mittel ein, um sich gegen ein System zu behaupten, das dazu entwickelt und ausersehen war, sie spirituell, psychologisch und materiell zu vernichten. Wer sich den Lebensweg von Harriet Tubman oder von anderen, die für die Freiheit der Sklaven kämpften, genau anschaut, der wird davon zutiefst bewegt sein.

Andererseits hat die Institutionalisierung des Black History Month durch die Geschäftswelt und die politische Führung der USA zu einer Art „toten Geschichte" geführt, die sich in der Werbung und in solchen Dingen wie Gedenkbriefmarken zeigt, womit bestimmte historische Figuren, insbesondere aus der ferneren Geschichte, herausgestellt werden. Sie sollen die „sichere" Seite einer Geschichte zeigen, die alles andere als sicher war. Persönlichkeiten der schwarzen Historie wurden als eindimensionale Ikonen oder als Werbeträger propagiert und auf ihre Namen reduziert, wodurch nichts von ihrer eigentlichen Bedeutung übrigbleibt.

Auf diese Weise wurde vor allem Martin Luther King jr. zur Ikone, die man beliebig einsetzen konnte, egal ob für den Verkauf von Versicherungspolicen oder Wäschetrocknern. Hauptsache, die Geschäfte mit dem aufstrebenden schwarzen Mittelstand und der schwarzen Arbeiterschaft wurden ordentlich angekurbelt. Das hat zum Ausverkauf schwarzer Geschichte beigetragen, zu einer fast nostalgischen Rückschau, so, als wäre nicht auch heute noch schwarze Geschichte zu machen. Dabei gibt es einen beunruhigenden bourgeoisen Faktor. Es wird mehr an die erinnert, die zu Wohlstand gelangt sind, und es werden diejenigen aus den Reihen der Armen ignoriert, die wirklich gekämpft haben, die also nicht jeden Tag feine Anzüge trugen und für die das Wahlrecht nicht das höchste Ziel und das Maß aller Dinge war. Hiermit sind die Vergessenen gemeint, die für die Freiheit und die Befreiung der Schwarzen gekämpft haben, Schulter an Schulter mit den Unterdrückten auf den Plantagen, in den Betrieben und auf der Straße und nicht in Pressekonferenzen mit gelangweilten Journalisten. Im Rahmen der bürgerlichen schwarzen Geschichtsschreibung tauchen diese Menschen nicht auf. Es kommt einem so vor, als würden die Agenturen und Institutionen, die dahinterstehen, danach streben, eine Art „schwarze Geschichte light" zu schaffen, die dem weißen Amerika weder den Schlaf raubt noch auf den Magen schlägt.

Es ist angebracht, sich an die Namen all jener zu erinnern, die den Freiheitskampf geführt haben und in den Herzen und Gedanken ihres Volkes weiterleben, aber in den Geschichtsbüchern selten erwähnt und schon gar nicht auf US-Briefmarken verewigt werden.

Zu den Vergessenen gehört zum Beispiel Ola Mae Quarterman. Schon lange bevor Rosa Parks sich weigerte, ihren Platz in dem für Schwarze reservierten hinteren Teil des Stadtbusses von Montgomery, Alabama, einzunehmen, bestieg die 18-jährige Ola Mae einen Bus in Albany, Georgia, und weigerte sich, der Aufforderung des weißen Busfahrers nachzukommen und den für Weiße reservierten Platz zu räumen. Sie antwortete: „Ich habe mein verdammtes Fahrgeld bezahlt und ich werde mich hinsetzen, wo ich will." Als der Fahrer anfing, mit dem Finger vor ihrem Gesicht herumzufuchteln, forderte sie ihn ruhig, aber bestimmt auf: „Nehmen sie Ihren Finger aus meinem Gesicht!" Was dann folgte, war in mancherlei Hinsicht ähnlich wie in Montgomery, unterschied sich andererseits aber völlig davon. Die junge Frau wurde wegen Verstoßes gegen die Gesetze der Rassentrennung angeklagt und zu dreißig Tagen Gefängnis verurteilt. Martin Luther King jr. kam mit seiner noch jungen Organisation hinunter nach Albany, wo die schwarze Bevölkerung anfing, sich gegen dieses himmelschreiende Unrecht aufzulehnen. Aber die Meinungsverschiedenheiten über das richtige Vorgehen waren groß und die Bürgerrechtsbewegung in Albany gespalten. Der Leiter des örtlichen Colleges verwies Ola Mae von der Schule. Die Unterstützung für sie war so zersplittert, dass der völlig entnervte King die Stadt wieder verließ. Miss Quarterman, allein und ohne jede Unterstützung, verzweifelte und wurde depressiv. Man diagnostizierte „paranoide Schizophrenie"„ bei ihr und wies sie in eine geschlossene Anstalt ein, in der sie wahrscheinlich noch heute interniert ist. Ihr Leben lehrt uns nicht etwa, dass Widerstand sinnlos ist, sondern es lehrt uns die Notwendigkeit des vereinten Vorgehens im Widerstand gegen Missstände.

Wird es wohl je eine Briefmarke zur Würdigung der historischen Verdienste von Dr. Huey P. Newton geben, des Gründers der Black Panther Party? Oder zur Ehrung von Ramona Africa, der mutigen Kämpferin, die am 13. Mai 1985 den Angriff der Polizei auf ein MOVE-Haus überlebte, bei dem eine Bombe aus einem Polizeihubschrauber auf das Haus geworfen worden war? Werden der im Gefängnis ermordete George Jackson und sein Bruder Jonathan je geehrt werden? Oder Ruchell Magee, der 1971 mit Angela Davis zusammen angeklagt war, sich aber nicht zum Kronzeugen gegen sie machen ließ und deshalb zu lebenslänglicher Haft verurteilt wurde und noch heute als am längsten inhaftierter politischer Gefangener der USA im Gefängnis sitzt? Wann wird er, der als rechtskundiger „Knastanwalt" mittlerweile über vierzig jüngeren Gefangenen zur Freiheit verholfen hat, endlich für seine Verdienste gewürdigt? Und was ist mit dem großen Krieger der Seminolen, Coacoochee, auch „Wild Cat" genannt, der für die Befreiung der Schwarzen und Roten von der Sklaverei kämpfte? Wird er je dafür geehrt werden? Sehr unwahrscheinlich.

(Übersetzung: Jürgen Heiser)
Dokumentiert aus: jungeWelt, 7./8.2.

Solidaritätsgrüße an die Internationale Plattform gegen Isolation

Mumia Abu-Jamal

Meine Freunde, Brüder und Schwestern,

Ich habe gestern Euren Brief erhalten, in dem Ihr mich um die Unterstützung für die Internationalen Tage im Kampf gegen Isolation bittet.

Ich unterstütze diese Bemühung voll und ganz beim Fasten gegen globale Ungerechtigkeit und beteilige mich an den Bemühungen unserer unterdrückten und gefangen gehaltenen Brüder und Schwestern in der Türkei, dem Baskenland, Palästina, Guantanamo, Deutschland und rund um die Welt.

Beyond brick and steel, we are united!
On The Move!
Free The Move!
Free All Political Prisoners!
Euer Bruder Mumia Abu-Jamal

Ramon Salazar, Politischer Gefangener von den „Cuban 5"

Beaumont, Texas, 10. Dezember 2003

Verehrte Freunde:

Es ist eine Ehre, dass ich mich der internationalen Kampagne für politische Gefangene vom 19.-22. Dezember anschließe und meine Solidarität mit der „internationalen Plattform gegen Isolation" ausdrücke.

Hier sende ich Ihnen mein Gedicht zu „BEFREIE DEINEN GEIST" als eine bescheidene Art, meine Solidarität und Unterstützung mit meinen GenossInnen, alle politischen Gefangenen von überall auf der Welt auszudrücken.

DER KAMPF GEHT WEITER!
!VENCEREMOS!
Ramon Labanino Salazar
(Politischer Gefangener der Cuban 5, Texas, USA).

„BEFREIE DEINEN GEIST"

BEFREIE DEINEN GEIST
wenn du dich alleine fühlst
wenn du unten bist
denn das Leben gehört gerade jenen
die sich niederlassen.

BEFREIE DEINEN GEIST
wenn Dinge schief gelaufen sind
wenn sie dich hinter Gitter gesperrt haben
denn: hier bist du nützlich
ganz gleich wo du bist.

BEFREIE DEINEN GEIST
denn du bist die Waffe
alles was du brauchst sind deine Hände
behalte den Sieg nur in deiner Seele
und die Freiheit in deinem Herzen.

BEFREIE DEINEN GEIST
DIE MENSCHHEIT BRAUCHT DICH
LEBENDIG
JETZT IST DIE ZEIT
UND DIES IST DER ORT
WIR BRAUCHEN DICH;
UM ZU ÜBERLEBEN!

BEFREIE DEINEN GEIST; BRUDER!
BEFREIE DEINEN GEIST UND KÄMPFE!

„an jene, die niemals aufgeben!"
„ein Mensch, der nicht kämpft, ist ein toter Mensch"

Ramon Labanino Salazar
10. DEZEMBER2003.
USP BEAUMONT.
TEXAS. USA.

Nachrichten aus der Türkei

Parlamentarische Menschenrechtskommission sammelt Beschwerden zu Hochsicherheitsgefängnissen.

Die Anhörung der Gefangenen und Wärter des Hochsicherheitsgefängnisses von Bolu (F-Typ) ergab eine Vielzahl von Beschwerden. Während sich die Gefangenen vor allem über schlechte Behandlung, Willkür und unzureichende soziale Aktivitätsmöglichkeiten beklagten, beschwerten sich die Wärter vor allem über Arbeitszeit, das Verhalten der Häftlinge sowie ihr niedriges Gehalt. *(Radikal, 6.2.04)*

IHD von Riha (Sanliurfa): Imrali und die D- und F- Typ Gefängnisse sollten geschlossen werden

Eine Menge von ca. 200 Personen versammelte sich beim Arbeitszentrum Ahmet Bahçivan und verlangte in einer Presseerklärung, dass Imrali und die F- und D-Typ Gefängnisse geschlossen werden. Das Mitglied der Leitung des IHD Riha (Sanliurfa) Cemal Babaoglu verlas eine Erklärung, in der es hieß, dass Volk wolle Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie.
DIHA, Dicle Nachrichten Agentur, 10.2.04

PJA Aktion im M-Typ Gefängnis von Elih (Batman) zum 15. Februar

20 Gefangene der Partiya Jina Azad (PJA), die im M- Typ Gefängnis von Batman gefangen sind, haben in einem Brief an die Zentrale des IHD erklärt, dass anlässlich des Jahrestages des 15. Februar Komplott, dem Tag der Verschleppung Öcalans in die Türkei, in den Hungerstreik treten.

Forderungen der Gefangenen

Aufhebung der Isolation im Gefängnis Imrali, dem F- Typ und allen Gefängnissen. Verbesserung der Bedingungen im Sinne der Demokratie und Menschenrechte. Stop der Verlegungen in die F- und D- Typ Gefängnisse. Beginn der Arbeit für die Amnestierung aller politischen Gefangenen. Herstellung von Bedingungen zur Zusammenlegung der Gefangenen. Rückgabe von Büchern und Zeitschriften, die beschlagnahmt wurden. Aufhebung der Besuchsbeschränkungen für Familien und Anwälte.

In dem Brief der PJA Gefangenen heißt es weiter: „Wir protestieren gegen das Komplott vom 15. Februar und erklären, dass wir heute in den Hungerstreik treten.
DIHA, Dicle Nachrichten Agentur, 10.2.04

Appell von Gefangenen

(...) Die politischen Gefangenen aus dem D-Typ-Gefängnis Diyarbakir Mahmut Akilli, Sedat Akgök und Izzet Özcan haben sich in einem Brief an den Menschenrechtsverein IHD Diyarbakir mit der Forderung nach Verbesserung der Haftbedingungen gewandt. Darin heißt es, dass die Dreierzelle eng, die Decke sehr niedrig und die Zelle feucht sei, dass Küche, Betten, Toilette, Dusche, Waschbecken alle zusammen lägen und dies ihre Gesundheit beeinträchtige. „Aufgrund der Feuchtigkeit leiden wir unter Kopfschmerzen und Übelkeit", lautet es in dem Brief.

„In den Zellen werden totale Ausgrenzung und Isolation praktiziert. Die Gemeinschaftsräume, die uns das Justizministerium als unser Recht zugestanden hat (Hobby-, Gesprächs-, Sporträume, Bücher- und Lesebereich), dürfen wir nicht nutzen. Weil die Gefangenen gezwungen sind in ihren Zellen zu rauchen, ist die Gesundheit dadurch beeinträchtigt."

„Oft sind wir nicht satt"

Das Essen in den Gefängnissen sei unzureichend: „Die Qualität der Mahlzeiten ist sehr schlecht, daher sind wir oft hungrig." Die Anträge an die Gefängnisleitung zur Abhilfe seien bislang unbeantwortet geblieben und die Gefangenen seien entwürdigenden Behandlungen durch die Soldaten ausgesetzt.

„Die Architektur der Gefängnisse führt zur ungleichen Behandlung von Gefangenen. Unsere Familienangehörigen müssen durch 6 bis 7 Kontrollen, wenn sie uns besuchen möchten."

Die Vertreter/innen des IHD Diyarbakir erklärten, dass sie an die parlamentarische Untersuchungskommission für Menschenrechte und den Kontrollrat der Staatsanwaltschaft Diyarbakir für die Gefängnisse anhand des Briefes einen Antrag zur Verbessung der Haftbedingungen stellen würden.
(31.01.2004, Özgür Politika)

Rundschreiben des Ministers: „Von der Organisation lossagen"

Die Voraussetzung für die Verlegung von Gefangenen aus den F-Typ-Gefängnissen, wo aus Protest gegen die Isolation mehr als 100 politische Gefangene im Todesfasten ihr Leben verloren, ist die Trennung von ihren Organisationen.

Justizminister Cemil Çiçek hat in einem Rundschreiben eine sechsmonatige Bestandsaufnahme und Überwachung, Klassifizierung und Transport von Gefangenen behandelt, die als Mitglieder terroristischer oder auf Profit basierender illegaler Organisationen verurteilt wurden. Danach werden diese in F-, M-, E-, H-, D-Typ-Gefängnissen und in Imrali untergebracht. Diejenigen, die wegen der Unterstützung illegaler Organisationen verurteilt wurden, sollen so untergebracht werden, dass sie keinerlei Kontakt zu anderen wegen „terroristischer Vergehen" verurteilten Gefangenen haben.

Neue Bedingungen wurden in dem Rundschreiben für diejenigen festgesetzt, die aus den D-, M-, H-, F- und E-Typ-Gefängnissen in andere Gefängnisse verlegt werden wollen. Demnach müssen die wegen „terroristischer Vergehen" Verurteilten glaubhaft machen, dass sie ihre Kontakte zur Organisation abgebrochen haben. Wenn dies von der Gefängnisverwaltung bestätigt werden kann, ist die Verlegung in ein anderes Gefängnis nach einem Drittel der Strafe möglich.

Keine Nachricht aus dem Kindergefängnis Aydin!

Gegen einige Häftlinge der Kinderzelle des Gefängnisses Aydin, in der Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren festgehalten werden, hält das Brief- und Besuchsverbot weiterhin an. Ihnen wird vorgeworfen, Streit angefangen und einen Aufstand initiiert zu haben. Familienangehörige, die um Gesundheit und Leben ihrer Kinder fürchten, sind zudem besorgt, weil sie gehört haben, dass die Kinderzelle aufgelöst und die Jugendlichen in Erwachsenenzellen verlegt worden sein sollen.

Herdem F. (45) erzählt, dass sie ihren Sohn H. F, der seit drei Monaten im Gefängnis ist, seit 2 Monaten wegen des Besuchsverbots nicht gesehen habe. „Die Kinder waren wegen der Repressionen auf das Dach geklettert. Mein Sohn war auch unter ihnen. Ab diesem Tag hat mein Sohn für drei Monate Besuchsverbot erhalten. Seit Monaten bekomme ich keine Nachricht von ihm. Nicht einmal zu den Feiertagen durfte ich ihn sehen, was ist das für eine Gerechtigkeit?"

Ayfer R., die Mutter von C. R. (15), erklärt: „Seit Monaten habe ich keine Nachricht von meinem Sohn. Ein erst kürzlich entlassener Mithäftling erzählte uns, dass sie die Kinder auf die Zellen von Erwachsenen verteilt haben. Am 25. Dezember soll er krank geworden sein. Die Wächter haben es ihm nicht geglaubt. Nachdem sich sein Zustand verschlechtert hat, wurde er ins Staatskrankenhaus eingeliefert. Der Arzt soll einen Blinddarmdurchbruch festgestellt haben." (...) *(2.2.04, Özgür Politika)*

Die Untersuchung eines italienischen Arztes: „Zwangsernährung wird basierend auf den Experimenten von 1996 bewußt angewendet."

Der römische Arzt Gianfranco de Maio reiste in die Türkei und hat dort Untersuchungen über das Wernicke-Korsakoff-Syndrom angestellt. Das Ergebnis dieser Untersuchungen hat er als Bericht beim Symposium überreicht, das die Internationale Plattform gegen Isolation in der itali-

enischen Stadt Florenz veranstaltet hat. Der Neurologe Gianfranco de Maio hat in diesen Untersuchungen zwischen der Zwangsernährung und dem Wernicke-Korsakoff-Syndrom das Verhältnis von Ursache und Wirkung vor Augen geführt.

Der Arzt, der seine Untersuchungen mit der Frage ‚Ist es das Fasten, was sie gesundheitlich schädigt, oder ist es der Eingriff?' begann, kam zu dem Ergebnis, dass die Zwangsernährung verantwortlich für die gesundheitlichen Schäden sei und dass diese bewusst angewendet werde.

Der Arzt, der zwischen dem 15. und dem 19. März 2002 in Ankara und Istanbul und zwischen dem 30. Mai und dem 3. Juni 2002 in Istanbul zwei verschiedene Besuche abstattete, hat Analysen an ehemaligen Gefangenen angestellt, die am Todesfasten teilgenommen hatten und von denen einige durch die Venen ernährt worden waren.

Gianfranco de Maio, der darauf hinwies, dass das Wernicke-Korsakoff-Syndrom nicht von der Dauer des Todesfastens, sondern von der Wiederaufnahme der Ernährungsbehandlung, sei es unter Zwang oder willentlich, abhängig sei, erklärte weiter, dass diese Krankheit in Europa lediglich als Ursache des Alkoholismus bekannt sei und dass sie diese Krankheit durch diese Untersuchungen besser kennen gelernt hätten.

Doktor de Maio, der zur Sprache brachte, dass die Ernährung durch die Venen 1996 willentlich vollzogen wurde, erklärte, dass seit 2001 die Ernährung durch die Venen unter Anwendung von Zwang durchgeführt werde. Als Ergebnis der Experimente von 1996 werde diese Methode beim jetzigen Todesfasten bewusst angewendet, denn die türkische Medizinwelt kenne die Resultate der Zwangsernährung, führte Gianfranco de Maio fort.

Doktor de Maio erklärte wie folgt:

„Sollten wir eine gutmütige Behauptung aufstellen, dann müssten wir die Ereignisse als medizinische Unfälle bewerten, die durch Nachlässigkeit verursacht worden sind. Die tragische Behauptung ist jene, dass diese Schäden die Realität eines beabsichtigten Projektes sind, die dazu dienen sollen, die Physis außer Gefecht zu setzen."

Der italienische Arzt erklärte: „Es kann keinen Grund geben, dass die medizinischen und juristischen Kreise in der Türkei nichts davon wissen." Er fährt fort mit den Konsequenzen, die getroffen werden müssten: „Ihre zivilen und juristischen Verantwortungen müssen auf politischer und beruflicher Ebene festgestellt werden. Den Betroffenen und ihren Familien muss Entschädigung gezahlt werden und die Betroffenen müssen behandelt werden."

Protestaktion der TAYAD gegen Roman Prodi

Bei der gestrigen Eröffnung des EU-Informationsbüros in Taksim/ Istanbul wurde der EU-Kommissionsvorsitzende Roman Prodi mit Protesten der TAYAD empfangen. Die Familien der TAYAD, die ein türkisches und ein englisches Transparent mit der Aufschrift „Europa, das die F-Typen unterstützt, trägt Verantwortung für die Todesfälle" öffnen wollten, wurden von der Polizei verprügelt und in Gewahrsam genommen. Bülent Solgun, Feridun Osmanagaoglu, Niyazi Agirman und Alp Yarbas, die in das Präsidium von Beyoglu/ Istanbul gebracht wurden, wurden auf dem Revier gefoltert. Die TAYAD-Mitglieder, deren Körper, Kopf, Augen und Ohren Spuren von Schlägen aufweisen, haben bei der Staatsanwaltschaft eine Beschwerde eingereicht.

Als Prodi bei seiner gestrigen Rede sagte, dass „die Türkei sich auf dem richtigen Weg weiterentwickle, und zwar mit ungeheurer Geschwindigkeit", dann meinte er wohl die ihm als einzigstes bekannte Methode, die Folter, in der sich die Türkei weiterentwickle. Der Folterstaat Türkei war gerade dabei, diese 50-55-jährigen Menschen, die von ihren demokratischen Rechten Gebrauch machten und in den F-Typ Gefängnissen ihre Kinder und Angehörigen verloren hatten, im Revier von Beyoglu zu foltern.

Bravo, heldenhafte türkische Polizei ... indem ihr die TAYAD Mitglieder vor Augen von Prodi geschlagen und gefoltert habt, habt ihr Prodi bewiesen, dass ihr Folterer seid ...

Als die TAYAD Mitglieder gegen die EU protestierten, weil diese die F-Typen unterstützen, waren sie im Recht...

In den F-Typen existiert Folter, dort existiert Tod ...

Indem die EU die F-Typen unterstützt, ist sie verantwortlich für den Tod und die Folter...

Die EU, die vor dem EU-Informationsbüro sagte, „bravo, ihr entwickelt euch mit ungeheurer Geschwindigkeit weiter", ist für die Folter, die vor dem Informationsbüro begann und auf dem Revier fortgesetzt wurde, verantwortlich und daran beteiligt ...

EU Anhänger ... Die, die denken, dass sich alles in einen Rosengarten verwandeln wird, wenn wir der EU beigetreten sind...

Seht ... die Regierungen, die sich auf der einen Seite herzzerreisend bemühen, um der EU beizutreten, foltern vor Augen Prodis die TAYAD Mtglieder...

EU-Anhänger ... die ihr eure Hoffnung auf die EU setzt...

Die Türkei wird sich nicht demokratisieren, indem sie der EU beitritt ... die Türkei kann sich nur demokratisieren, indem sie wie die TAYAD einen Demokratiekampf führt...

Wir verurteilen, dass die TAYAD Mitglieder verprügelt, in Gewahrsam genommen und auf dem Revier von Beyoglu gefoltert wurden ... Eure Repression und eure Folter werden die Familien der TAYAD nicht davon abbringen, sich ihrer Kinder anzunehmen... Überall, wo ihr hingehen werdet, werdet ihr uns antreffen...

Familien der TAYAD

Jericho Gefängnis

Erklärung des Generalsekretärs der PFLP, Ahmed Sa'adat

Zwei Jahre sind vergangen, seitdem meine Genossen und ich inhaftiert wurden. Dies ist eine Unterwerfung der palästinensischen Behörden unter die illegitimen israelischen und amerikanischen Forderungen. Es widerspricht dem palästinensischen Gesetz und den nationalen Werten. Es missachtet alle palästinensischen Behörden, den Palästinensischen Nationalrat (PNC) und den Palästinensischen Zentralrat (PCC) eingeschlossen. Eine solche Inhaftierung missachtet auch die Legitimität unseres Widerstands gegen die israelische Besatzung.

Die versuchte „Internationalisierung des „Jericho Abkommens" zwischen der palästinensischen Autonomiebehörde (PNA), den USA, Großbritannien und Israel, uns zu inhaftieren, hat die PNA dazu gebracht, noch mehr freiwillige Zugeständnisse an die amerikanisch-israelischen Sicherheitsforderungen zu machen. Dieses Abkommen verkörpert nicht nur eine große Gefahr für die interne palästinensische Politik, sondern stellt auch das schlechteste Modell von „internationaler Überwachung" dar. Eine solche Überwachung sollte das palästinensischen Volk vor den täglichen Massakern der Sharon-Regierung schützen.

Unter juristischen Gesichtspunkten ist unser Verhaftung durch eine totale Ausblendung der rechtlichen Rahmen gekennzeichnet. Das Gleiche gilt für das „Verfahren" meiner vier Genossen, bei dem nicht nur die rechtliche Grundlage fehlte, sondern auch ein auf der Gesetzgebung basierender juristischer Prozess.

Wie es sich später erwies, entbehrte das „Jericho Abkommen" jeglicher Legitimität, insbesondere nachdem das Oberste Gericht Palästinas unsere Inhaftierung für illegal befand und unsere sofortige Freilassung anordnete. Die PNA aber überging die Entscheidung des Gerichts und ignorierte ihre eigene Verfassung, welche die Unabhängigkeit der Legislative und den Respekt für ihre Gesetze und Entscheidungen garantiert. Nicht genug damit, dass die PNA den Genossen Ahmed Abu Ghulma (Mitglied des Zentralkomitees der PFLP) immer noch nicht freigelassen hat, obwohl er seine einjährige Strafe abgesessen hat! Ein weiteres Beispiel ist die Nichtzulassung der Berufung unserer Genossen gegen ihre Verurteilung im ursprünglichen „Verfahren", obwohl eine Berufung laut palästinensischem Gesetz ein garantierte und legitime Recht ist.

Wir möchten folgendes bekräftigen:

1. Unser Kampf zur Beendung unserer illegitimen Inhaftierung und zur Beendung

des beschämenden „Jericho Abkommens“, samt dem, was es bezüglich Präzedenz bedeutet, wird vor allem durch die Notwendigkeit, unser Volk und seine Rechte zu schützen, angetrieben.

2. Die PNA versucht ihre Missachtung des palästinensischen Gesetzes mit dem Vorwand, „uns zu schützen“, zu rechtfertigen. Wir möchten bekräftigen, dass wir die politische oder Sicherheitsbehörde der PNA nicht um ihren Schutz gebeten haben. Das Bedürfnis nach Schutz muss freiwillig sein, und wenn dies nicht der Fall ist, macht es die Entscheidung für die Inhaftierung noch schlimmer.

3. Es ist legitim zu sagen, dass unsere fortgesetzte Inhaftierung der Verpflichtung der PNA, dem amerikanisch-israelischen Forderungen nachzukommen, entspricht, und nicht der Notwendigkeit, uns zu schützen. Ist es sinnvoll, dass wir wegen der politischen und Sicherheitsverpflichtung der PNA Geiseln bleiben? Entspricht dies der nationalen Einheit, der Notwendigkeit, das Gesetz zu achten und die Unabhängigkeit der palästinensischen Legislative? Wie kann unsere Inhaftierung ohne rechtliche Grundlage fortgesetzt werden?

4. Ungeachtet der geäußerten Absichten der PNA wird der Haftort (Jericho Gefängnis) weder politisch noch rechtlich von der PNA kontrolliert, sondern von amerikanischen und britischen Sicherheitsbeamten. Die Fortsetzung dieses Zustandes bedeutet, dass unser Schicksal praktisch in den Händen „Israels“ liegt.

Daher fordern wir ein Ende dieser Situation, welche der palästinensischen nationalen Bewegung politisch, rechtlich und national schadet.

Schließlich möchten wir dem palästinensischen Volk, den nationalen und islamischen Kräften und all den arabischen und internationalen Solidaritätsorganisationen danken, die zu uns standen gegen die Fortsetzung unserer Inhaftierung und deren Beendung forderten ...

Jericho Prison,
15. Januar, 2004

Hintergrundinformation:

Am 25. April 2002 wurden vier Palästinenser von einem Scheingericht der PNA zu Haftstrafen zwischen 1 und 18 Jahren verurteilt. Ihnen wurde vorgeworfen, an dem Attentat vom 17. Oktober 2001 gegen den israelischen Tourismusminister Rehavam Ze'evi beteiligt gewesen zu sein.





„Sagt nicht, wir hätten es nicht gewusst!“ Unter dieser Losung demonstrierten am 7. Februar in Abu Dis bei Jerusalem mehr als 3000 Israelis und Palälstinenser gegen die Mauer. Sie kritisierten sie als Gefängnis für Palästinenser und Ghetto für Israelis. Es war die bisher mit Abstand größte Demonstration gegen das Vorhaben der israelischen Regierung, die palästinensischen Autonomiegebiete – oder das, was nach ihrem Willen davon übrig bleiben soll – gewaltsam abzutrennen. Die in Abu Dis bis zu 9 m hohe Mauer trennt Bauern von ihrem Land, Lehrer von ihren Studenten, teilt Familien, reißt Wohngebiete auseinander, schneidet Land von Wasserstellen ab.

Alle vier wurden vor ein improvisiertes palästinensisches Militärgericht gestellt, das alle etablierten Prinzipien des internationalen Rechts auf ein faires Verfahren mit angemessenen rechtlichen Beistand verletzt.

Diese Rechtsverstöße beinhalten u.a.:

- Die vier Angeklagten wurden vor ein Militärgericht gestellt, obwohl sie Zivilisten sind. Dies ist ein direkter Verstoß gegen das palästinensische Gesetz.
- Den Verfahren saß Brigadier-General Ribhi Arafat vor, der keinerlei juristische Qualifizierung hat und keine Befugnis besitzt, als Richter zu fungieren.
- Die Festgenommen bekamen keinen ausgebildeten Strafverteidiger zugewiesen, sondern ihnen wurde ein Soldat als Rechtsbeistand zugeordnet, der keinerlei juristische Ausbildung hat.
- Das Verfahren dauerte nur 2 Stunden, und den Angeklagten wurden weder vor noch nach dem Verfahren eine Anklageschrift vorgelegt.
- Alle vier wurden schuldig gesprochen, obwohl dem Gericht keine schriftlichen Beweise oder Geständnisse vorlagen. Die einzigen Beweise waren Notizen von unidentifizierten Personen, die während Diskussionen mit den Festgenommen im Ramallah-Gefängnis vor der Belagerung der Stadt geführt wurden. Sie waren nicht unterschrieben, und es gab keine Bestätigung des Wahrheitsgehaltes dieser Notizen seitens der Festgenommenen. Die Notizen wurden als eidesstattliche Erklärungen vorgelegt, obwohl sie nicht während formaler Verhöre entstanden oder von autorisierten Personal niedergeschrieben wurden.
- Der Prozess fand im von israelischen Panzer und schwerbewaffneten Soldaten umzingelten Präsidentengebäude in Ramallah statt. Er fand hinter geschlossenen Türen und unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt.
- Die vier Inhaftierten haben kein Recht, gegen ihre Verurteilung Berufung einzulegen.
- Nach der Verurteilung wurden die vier politischen Gefangene in die Obhut amerikanischer und britischer Sicherheitsbeamten nach Jericho gebracht. Außer den Vieren wurden zwei weitere palästinensische Gefangene, Ahmed Sa'adat und Fuad Shubeiki, nach Jericho verlegt. Die beiden sind bis jetzt weder vor Gericht gestellt noch wegen irgendeiner Straftat verurteilt worden, bleiben jedoch trotzdem in Jericho inhaftiert.
- Das Verfahren gegen die Vier und die Inhaftierung von allen sechs sind schwerwiegende Verletzungen von internationalem und palästinensischem Recht. Sie werden unter drakonischen Bedingungen unter Aufsicht amerikanischen und britischen Sicherheitsbeamten festgehalten. Presseberichten zufolge ist der Leiter dieser „Aufsicht“ der ehemalige Direktor des berüchtigten Maze Detention Centers in Nordirland.

Ist es das, was die PNA mit „Reform“, „Demokratie“ oder „Respekt vor dem Gesetz“ meint? Was die US-, britische, israelische und palästinensische Regierung angeht, ist es das auf jeden Fall offensichtlich.

www.Addameer.org, Jan 18, 2004

E-Mail: gnn-hhsh@hansenet.de

Das **Angehörigen Info** erscheint vierwöchentlich bei GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft in Schleswig-Holstein / Hamburg m. b. H., Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg. V.i.S.d.P.: Christiane Schneider. **Redaktionsanschrift u. Bestellungen:** GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 HH, Tel.: (040)43188820, Fax: (040) 43188821, E-Mail: gnn-hhsh@hansenet.de **Herausgeber:** Angehörige und FreundInnen politischer Gefangener in der BRD, Postfach 1205, 55002 Mainz, Fax: (0 61 31) 60 42 32. – Einzelpreis: 1,55 Euro. Ein Jahresabonnement kostet 29,90 Euro (Förderabonnement 33,20 Euro), Buchläden, Infoläden und sonstige Weiterverkäufer erhalten bei Bestellung ab 3 Stück 30 % Rabatt. Bei Bestellung erhalten Sie eine Rechnung bzw. ein Formular für eine Einzugsvollmacht, die Sie uns bitte zurückschicken. Verlagskonto: Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Kontonummer: 25265-201. **Herstellung und Drucklegung:** GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft in Schleswig-Holstein / Hamburg m.b.H. **Eigentumsvorbehalt:** Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung so lange Eigentum des Absenders, bis es dem Gefangenen ausgehändigt wird. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird das Info dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist es dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken. **Spendenkonto der Angehörigen:** Sonderkonto Kiener, Landesbank Baden-Württemberg, BLZ 600 501 01, Konto-Nr. 5454194. ***Redaktionsschluss für Nr. 283: So, 7.3.2004***